Architekturführer Berlin

von Martin Wörner, Karl-Heinz Hüter,
Paul Sigel, Doris Mollenschott

mit einer Einleitung von
Wolfgang Schäche

Siebte, überarbeitete und erweiterte Auflage

Reimer

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Die Einleitung von Wolfgang Schäche basiert in Teilen auf einer Arbeit, die der Autor unter dem Titel „Baugeschichte und Stadtbild bis 1945“ für das Berlin-Handbuch des Informationszentrums Berlin anfertigte.

Kartengrundlagen:
Übersichtskarte von Berlin 1:50.000
mit Genehmigung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Lektorat und Bildredaktion: Janine Krentz, Berlin
Umschlaggestaltung: Bayerl & Ost, Frankfurt am Main unter Verwendung von Fotografien von Karl-Heinz Hüter und Janine Krentz

Redaktionsschluss: Juni 2013

7., überarbeitete und erweiterte Auflage 2013

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

ISBN 978-3-496-01380-8

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung der Autoren 7

Einführung 9

Mitte (Nr. 1–192)
Bezirkskarte 30
Objekte 32

Tiergarten (Nr. 193–275)
Bezirkskarte 136
Objekte 138

Wedding (Nr. 276–299)
Bezirkskarte 186
Objekte 188

Charlottenburg (Nr. 300–419)
Bezirkskarte 200
Objekte 202

Wilmersdorf (Nr. 420–460)
Bezirkskarte 262
Objekte 264

Kreuzberg (Nr. 461–530)
Bezirkskarte 284
Objekte 286

Friedrichshain (Nr. 531–551)
Bezirkskarte 322
Objekte 324

Prenzlauer Berg (Nr. 552–577)
Bezirkskarte 336
Objekte 338

Pankow (Nr. 578–596)
Bezirkskarte 352
Objekte 354

Weißensee (Nr. 597–607)
Bezirkskarte 365
Objekte 366

Schöneberg (Nr. 608–631)
Bezirkskarte 372
Objekte 374

Tempelhof (Nr. 632–650)
Bezirkskarte 385
Objekte 386

Neukölln (Nr. 651–688)
Bezirkskarte 396
Objekte 398

Reinickendorf (Nr. 689–720)
Bezirkskarte 418
Objekte 420

Spandau (Nr. 721–748)
Bezirkskarte 438
Objekte 440

Lichtenberg/Hohenschönhausen (Nr. 749–779)
Bezirkskarte 454
Objekte 456

Treptow (Nr. 780–810)
Bezirkskarte 474
Objekte 476

Köpenick (Nr. 811–830)
Bezirkskarte 496
Objekte 498

Marzahn/Hellersdorf (Nr. 831–841)
Bezirkskarte 508
Objekte 510

Steglitz (Nr. 842–868)
Bezirkskarte 516
Objekte 518

Zehlendorf (Nr. 869–937)
Bezirkskarte 532
Objekte 534

Architektenregister 570

Baugattungsregister 581

Historisches Register 591

Straßenregister 602

Objektregister 610

Bildnachweis 619

Verfasserregister 622

Weiterführende Literatur 623

Glossar 625

Übersichtsplan mit Objektnummern 628

Die Autoren 632

Vorbemerkung der Autoren

Der Architekturführer Berlin stellt in der nun vorliegenden siebten, grundlegend überarbeiteten und erweiterten Auflage 937 Gebäude vor. Neu aufgenommen wurden neben aktuellen und international Aufsehen erregenden Beispielen und Projekten wie den Planungen zum Berliner Schloss – Humboldt-Forum, dem Grimm-Zentrum der Humboldt-Universität oder der Philologischen Bibliothek der Freien Universität zahlreiche weitere prägende und geschichtsträchtige Bauten aus vergangenen Jahrzehnten, wie etwa der „Tränenpalast" in Berlin-Mitte, das ehemalige Rotaprintgelände im Wedding, die ehemalige Verkehrskanzel am Kurfürstendamm aber auch zahlreiche Wohnhäuser und Wohnquartiere aus unterschiedlichsten Epochen. Bei der Auswahl der Objekte wurde ein möglichst breites Spektrum aus verschiedenen Bezirken, Baugattungen und -epochen angestrebt, das die Vielschichtigkeit der faszinierenden Geschichte und Gegenwart Berliner Baukultur aufzeigen soll. Trotzdem musste die Auswahl zwangsläufig subjektiv bleiben; die Leserinnen und Leser werden hierfür um Verständnis gebeten.
Seit dem Fall der Mauer im November 1989 ist Berlin nach jahrzehntelanger politischer Spaltung wieder in seiner Gesamtheit erlebbar. Die städtebauliche und architektonische Entwicklung beider Stadthälften unter gegensätzlichen politischen Systemen hat erhebliche Unterschiede im Stadtbild entstehen lassen, die in diesem Architekturführer in seinem breiten und systematisch angelegten Überblick über die Berliner Bezirke ausführlich dargestellt werden. Dabei liegt – historisch begründet – ein Schwerpunkt der Objektauswahl auf der historischen Bausubstanz in Berlins Mitte sowie auf den westlichen Zentrumsbereichen, ein weiterer auf den vor 1933 errichteten Siedlungsbauten. Besonderes Augenmerk wurde auch auf die zeitgenössische Architektur gelegt, ist Berlin doch in Zusammenhang mit dem Ausbau als Regierungssitz und durch die Neubebauung großflächiger städtischer Quartiere in der Nachwendezeit zu einem Mekka der internationalen Architekturszene geworden. Doch neben den spektakulären Bauten der Nachwendezeit sind es heute vor allem auch kleinere Bauprojekte – oft auch von jungen Architekturbüros geplant und realisiert –, die, wie etwa zahlreiche Baugruppenprojekte oder das markante Treptower Badeschiff, von der ungebrochenen Vitalität der Berliner Architektur zeugen.
Mit seinem Aufbau folgt der Architekturführer der Einteilung Berlins in Bezirke und deren Ortsteile, wie sie bei der Eingemeindung 1920 festgelegt wurden; dabei wurde die 2001 im Rahmen einer Verwaltungsreform vom Berliner Senat beschlossene Zusammenlegung einzelner Bezirke berücksichtigt. Das Buch ordnet die vorgestellten Gebäude entlang von Routen, sodass beim Lesen – und vor allem beim Spazierengehen – die Architektur Berlins in all ihren Facetten Schritt für Schritt sowie im topografischen und städtebaulichen Kontext erschlossen werden kann. Jedem Objekt ist ein Foto beigegeben, das – bis auf Ausnahmefälle – den gegenwärtigen Zustand der Häuser dokumentiert. Die Beifügung von Grundrissen, Lageplänen, Schnitten u. ä. soll das bessere Verständnis von architektonischen Zusammenhängen fördern. Die Texte mit ihren ausführlichen Bauanalysen und –beschreibungen eröffnen hoffentlich vielen Leserinnen und Lesern immer wieder neue Zugänge zur Berliner Stadt- und Architekturgeschichte.
Auf die Nennung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Architekten musste aus Platzgründen leider verzichtet werden; die Autoren möchten an dieser Stelle jedoch darauf hinweisen, dass ein Gebäude in den seltensten Fällen das Werk eines Einzelnen ist. Wichtig erschien, in zahlreichen Fällen auf die Bauträger hinzuweisen, besonders auf die städtischen oder gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften. Ihnen ist im Wesentlichen die Vielfalt und – im doppelten Sinne – die Farbigkeit der Berliner Architektur zu verdanken.
Alle Objekte sind in die Bezirkskarten eingetragen, die so bei der Standortbestimmung helfen. Ein Architekten-, Baugattungs- und Straßenregister sowie ein historisches und ein Objektregister ermöglichen einen raschen Zugriff auf gewünschte Informationen.

Wolfgang Schäche

Zur baulichen Entwicklung Berlins

Von den Anfängen bis in die Gegenwart

Die Stadt sucht, noch ohne genau zu wissen, was sie sucht. Sich selbst? Die Zukunft? Ihren Platz in der Zukunft, so unerkennbar sie auch ist? Diese Unsicherheit ist fast die Verheißung ihrer Zukunft, denn immer waren es Epochen schöpferischer Unruhe, die die Stadt voranbrachten.

Wolf Jobst Siedler

1. Vorbemerkung

Obwohl die bauliche Entwicklung der Stadt mehr als 800 Jahre umfasst, wird ihr heutiger Stadtraum strukturell wie physiognomisch im Wesentlichen von den Überbauungen der beiden letzten Jahrhunderte geprägt. Weit mehr als die alten europäischen Metropolen Paris, London und Wien ist Berlin die Stadt des 19. Jahrhunderts. Als Parvenü unter den mächtigen Hauptstädten vollzog es vor allem in den letzten Jahrzehnten bis zur Wende zum 20. Jahrhundert seinen atemberaubenden Aufstieg. Bis heute blieben Tempo und Schnelllebigkeit dabei seine augenfälligen Charakteristika. Damit einhergehend entfaltete sich baulich eine „Tradition der Traditionslosigkeit". In der Rigidität allenfalls mit den Metropolen der Neuen Welt, Chicago und New York vergleichbar, ging Berlin stets bedenkenlos mit seiner geschichtlichen Substanz um und opferte sie einem rastlosen Fortschrittsglauben.

Kein Quartier, kein Ort, kein Gebäude, kein Monument war der Stadt heilig. Beinahe mit jeder Generation veränderte sie ihre Physiognomie. Das preußisch-barocke Berlin ging in dem klassizistischen Karl Friedrich Schinkels auf; die Industrielle Revolution tilgte das klassizistische Antlitz der Stadt und brannte ihr mit seinen Fabriken, Bahnhöfen, Warenhäusern, Banken- und Versicherungspalästen ihren bürgerlichen Stempel ein. Das Berlin der Jahrhundertwende fand seinen Ausdruck darin, gleichzeitig größte Villen- und Mietskasernenstadt der Welt zu sein. In den 1920er Jahren bildete sich dann der metropolitane Habitus avantgardistischer Architektur heraus. Der Rausch der nationalsozialistischen Welteroberungspläne rächte sich in unübersehbaren Trümmerfeldern. Die Nachkriegszeit entwickelte schließlich unter dem Banner des „Wiederaufbaues" eine Tabula-rasa-Haltung gegen die beschädigte Stadt. Die „Stadt von Morgen" gedieh so, durch die politische Teilung ihres Zusammenhangs beraubt, in zwei konkurrierenden Neubau-Versionen.

Während viele der städtebaulichen Glanzpunkte im Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges erloschen, blieben die ungeliebten Mietskasernenviertel, die sich wie ein undurchdringlicher Ring um die alte City schlossen, zum größten Teil bestehen. Sie wurden zum charakteristischsten Erbe des Stadtraumes, dessen Annahme jedoch über Jahrzehnte verweigert wurde. Ihre Erhaltung und Revitalisierung ist daher eine der zentralen Aufgaben von Gegenwart und Zukunft.

So wie die Entwicklung des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts die städtebaulichen Voraussetzungen für das heutige Berlin herausbildeten, ist die Geschichte des Umgangs mit den historischen Stadtresten nach 1945 die unmittelbare Geschichte der bis zum November 1989 geteilten Stadt. Bis in die 1970er Jahre blieb dabei die „Tradition der Traditionslosigkeit" auf beiden Seiten der Mauer konstituierendes Moment der Stadtentwicklung. Sie paarte sich im westlichen Teil mit der von der politischen Realität lange Zeit abgehobenen Wunschvorstellung einer wiedervereinigten Hauptstadt, was jegliche übergeordnete Planung folgenschwer befrachtete. In der so erzeugten Divergenz von politisch determiniertem Planungsanspruch, der stets auf die Gesamtstadt gerichtet war, und der Realentwicklung, die den tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Halbstadt folgte, wurde die Identität der Stadt, das heißt ihre Struktur, ihre Gestalt und ihr urbaner Zusammenhang bis heute auf eine harte Probe gestellt.

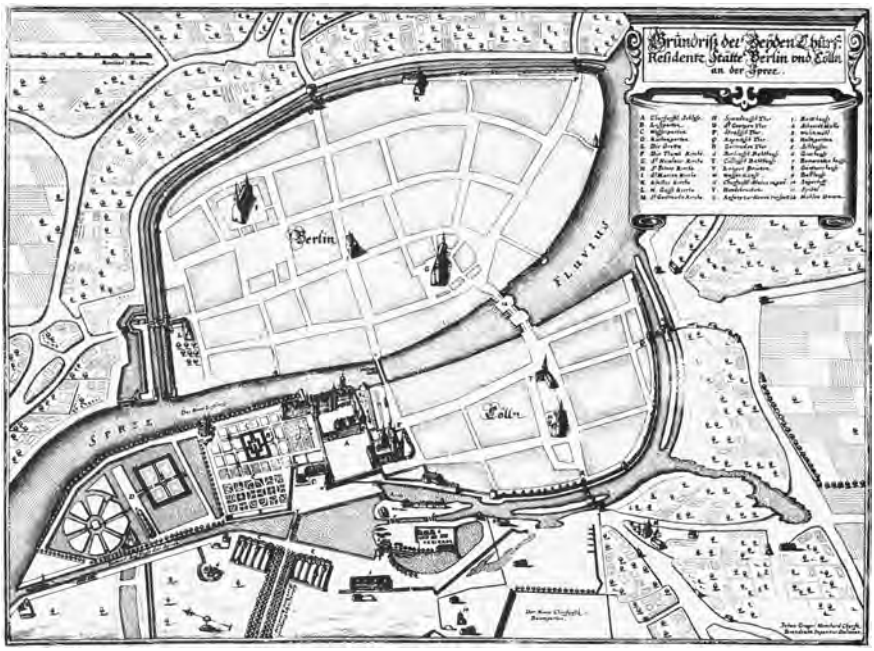
Auf östlicher Seite waren die aus Planen und Bauen resultierenden Belastungen vergleichbar schwer, jedoch von anderer Natur. Alle Moden des sich als „sozialistisch" gebärdenden Städtebaues wurden während der 40-jährigen DDR-Existenz an der Hauptstadt erbarmungslos ausprobiert. Vor allem die geschichtliche Dimension der Stadt, welche sich allein nur aus dem Gesamtzusammenhang ableitbar macht, wurde dabei in der Pathologie der staatlichen Abgrenzung zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

So unterschiedlich die Entwicklungen in den Halbstädten jedoch auch gerieten, verbindet sich im Ergebnis das uneingelöste Versprechen auf eine „neue Stadt“.
Denn im Gegensatz zu den exzessiven Phasen der jüngeren Geschichte, beginnend mit der hitzigen „Gründerzeit“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, bei deren explosionsartigen Erweiterungen und Veränderungen das verworfene Alte stets durch Neues ersetzt wurde, blieben die Abrisse beschädigter Einzelbauten wie ganzer Stadtteile in der Nachkriegszeit in Ost wie in West oft ohne adäquaten Gegenwert. Die bauliche Restitution und die Stabilisierung der alten innerstädtischen Gebiete Berlins, ihre Reurbanisierung müssen deshalb neben der behutsamen Sanierung des Mietskasernengürtels auch weiterhin das zentrale Problemfeld künftiger Stadtentwicklungsplanung bleiben. Die vornehmste Aufgabe aber wird in Zukunft darin bestehen, die strukturell-räumliche Verknüpfung beider Halbstädte wieder durchgängig herzustellen, welche Mauer und Todesstreifen mehr als 29 Jahre gewaltsam auseinanderkeilten. Sie – nach der vollzogenen politischen Vereinigung und mehr als 20 Jahren größter Anstrengungen – vollends zu einem Berlin zusammenwachsen zu lassen, ist ganz sicher mehr als nur eine städtebaulich-architektonische Aufgabe. Insofern sei vor allzu forschen Planungsstrategien gewarnt, die „Jahrhundertchancen“ beschwören und sie mit den großen „Jahrhundertlösungen“ zu beantworten suchen. Denn Stadtplanung vermochte im 20. Jahrhundert vieles zu bewegen und hat Mannigfaches hervorgebracht. Nur einen entscheidenden Nachweis blieb sie bis dato schuldig, nämlich das zu ermöglichen und hervorzubringen, was wir vor dem Hintergrund der bürgerlichen Kultur unter Stadt verstehen. Sie würde an der hier zu bewältigenden Aufgabe ein weiteres Mal jäh scheitern, wollte sie das umfassende Konzept entwickeln, nach dem dann die städtischen Hälften zusammenzufassen sind. Die Komplexität und Ungleichzeitigkeit der verschiedensten Stadträume zu vermitteln, verlangt nach differenzierten, jeweils auf den konkreten Ort bezogenen Antworten und kleinteiligeren Lösungsansätzen, wobei sich die Stadtplanung darauf beschränken sollte, die jeweiligen städtebaulichen Ordnungselemente vorzugeben.
Die Lösungen können jedoch nur dann befriedigend gelingen, wenn man – wie die Entwicklung der mehr als zwei Jahrzehnte seit der Wiedervereinigung lehrt – die Geschichte der Stadt annimmt und die noch greifbaren historischen Bestandteile des Stadtraumes zu seinen strukturellen wie maßstabgebenden Orientierungen der Erneuerung macht. Denn der bewusste Umgang mit der Geschichte und die offensive Auseinandersetzung mit ihr ist integraler Bestandteil des städtischen Entwicklungsprozesses. Er ist konstituierend für städtische Identität und Kultur und bildet zugleich die Basis qualitativer Erneuerung.

2. Von der Doppelstadt zur Residenz

Folgt man wissenschaftlichen Grabungen, die sowohl nach dem Zweiten Weltkrieg als auch in den letzten Jahren durchgeführt wurden, geht die Gründung der Doppelstadt Berlin-Cölln auf die Mitte des 12. Jahrhunderts zurück. Es ist zu vermuten, dass die Anlegung der Städte gleichzeitig geschah, unbekannt ist jedoch, in welcher Form die Gründungen vollzogen wurden.
Ohnehin sind gesicherte Kenntnisse über Entstehung und Frühzeit Berlin-Cöllns gering, da der große Stadtbrand von 1380 das gemeinsame Rathaus zerstörte und mit ihm den dort befindlichen Dokumentenbestand der Schwesterstädte. Es ist anzunehmen, dass die mittelalterliche Gestalt der Doppelstadt dabei der ostdeutscher Kolonialstädte entsprach, wobei Doppelgründungen im märkischen Raum nichts Ungewöhnliches darstellten.
Begünstigt wurde die Ansiedlung in Berlin und Cölln durch eine von Südwesten nach Nordwesten führende Fernhandelsstraße sowie den kreuzenden Wasserlauf der Spree. Hier, etwa auf halbem Wege zwischen Spandau und Köpenick, nähern sich Barnim und Teltow auf ca. 4 km. Vier Talsandkuppen prägen an dieser Stelle die Topografie des Warschau-Berliner Urstromtals, wobei eine Furt den kräftigen Mittelarm des geteilten Spreelaufs durchzog, was die Entstehung von zwei eigenständigen Siedlungskernen ohne Zweifel mitbedingte. Als Siedlungskern auf Cöllner Seite ist dabei die Gegend um St. Petri anzunehmen, auf Berliner Seite das Gebiet um St. Nikolai.
Die mittelalterliche Doppelstadt umfasste die von Spree und späterem Kupfergraben umschlossene Insel, die das Territorium von Cölln darstellte, sowie auf der rechten Seite des mittleren Spreearms das wenig größere Areal von Berlin. Bebaut war hier zunächst nur der südliche Teil, denn der nördliche bestand aus unzugänglichem Sumpfgelände. Die einzige Verbindung der Doppelstadt bildete der Mühlendamm. Im 13. Jahrhundert kam schließlich die Neue oder Lange Brücke hinzu, auf der sich seit ca. 1307 das bereits erwähnte gemeinsame Rathaus befunden haben soll. Eine Stadtmauer fasste die im gleichen Jahr zusammengeschlossenen Städte zusammen. „Oberbaum“ und „Unter-

baum“ sperrten den Zugang zum mittleren Spreelauf. Die Seitenarme umschrieben die Fortifikation. Fünf Stadttore, das Spandauer-, Georgen-, Stralauer-, Köpenicker- und Gertraudentor schufen die Verbindungen zum umliegenden Land.
Waren der Alte Markt, später Molkenmarkt, und die St. Nikolaikirche (Nr. 8) zunächst die städtischen Mittelpunkte Berlins, bildeten sich auf Cöllner Seite die Gegend des späteren Köllnischen Fischmarktes sowie die Pfarrkirche St. Petri als zentrale Punkte heraus.
Sowohl in Cölln wie in Berlin gab es Niederlassungen der Bettelorden. In Berlin war die am Ende des 13. Jahrhunderts von den Franziskanern errichtete dreischiffige Pfeilerbasilika mit einschiffigem Chor in der Klosterstraße sichtbares Zeichen ihrer Anwesenheit. Die Klosterkirche stand dabei in unmittelbarer räumlicher Verbindung zur eigentlichen Klosteranlage. In Cölln waren es dagegen die Dominikaner, welche ihr Konventshaus und die dazugehörige Kirche dicht an der Stadtmauer erbauten. Erinnert an die Berliner Anlage nur noch die gesicherte Ruine der Klosterkirche (Nr. 17), so ist das Cöllner Kloster, einstmals westlicher Abschluss des späteren Schlossplatzes, völlig aus dem Stadtbild verschwunden. Sein Abbruch erfolgte bereits im 18. Jahrhundert.
Als eines der bemerkenswertesten Bauwerke des 13. Jahrhunderts ist schließlich noch das an der Spandauer Straße in der um 1230 angelegten Berliner Neustadt errichtete Heiliggeistspital zu nennen. 1272 erstmals erwähnt, zeugt die noch bestehende gotische Spitalkapelle von seiner Existenz. Im Jahre 1905 säkularisiert und in den Neubau der damaligen Handelshochschule einbezogen, dient sie heute dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Humboldt-Universität als Mensa.
Zum Ende des 14. Jahrhunderts war Berlin-Cölln ein blühendes Gemeinwesen, dessen Entwicklung auch durch den schweren Brand von 1380 keine wesentliche Unterbrechung erfuhr. Umfangreiche Landkäufe (von Reinickendorf im Norden bis Mariendorf im Süden) ließen das Weichbild der Doppelstadt sich um ein Vielfaches ausdehnen, wobei die stadtgrundrissliche Anlage der von der Stadtmauer umgebenen Kernbereiche zu diesem Zeitpunkt dem Aufbau einer gotischen Idealstadt nahekam: Ein nahezu geradliniges, überschaubares Straßenraster war von in der Regel giebelständigen Häusern überbaut, wobei die stattlichen Türme von St. Petri und St. Nikolai die malerische Silhouette bestimmten.
Das sich in der bis dahin vollzogenen Entwicklung spiegelnde starke städtische Regiment wurde dann jedoch jäh durch die Kurfürsten des Hauses Hohenzollern zunichte gemacht, die 1442 und schließlich 1447/48 der städtischen Selbständigkeit ein Ende bereiteten, indem sie Berlin und Cölln zu kurfürstlichen Residenzen von Brandenburg machten. Damit war zugleich der Zusammenschluss beider Städte formell wieder aufgehoben. Die Wahl der Ratsmitglieder beider Gemeinden bedurfte fortan kurfürstlicher Bestätigung, sämtliche Bündnisse mit anderen märkischen Städten wurden untersagt.
Sinnfälliger baulicher Ausdruck der neuen residenzlichen Funktion war die Errichtung eines Wasserschlosses auf Cöllner Gebiet. Das sogenannte Hohe Haus, welches bis dahin landesherrlicher Sitz war und den alten markgräflichen Hof (ab 1261: Aula Berlin) in der Klosterstraße schon im 14. Jahrhundert ablöste, hatte sich für die neue Aufgabe als ungeeignet erwiesen. Schon 1443 begonnen, wurde das neue Schloss seit 1538 durch Caspar Theyß und später durch andere zu einem prächtigen Fürstensitz der Renaissance ausgebaut, auf den sich die kommunal geteilten, jedoch baulich mehr und mehr zusammenwachsenden Städte nun räumlich auszurichten begannen. Bis zum frühen 17. Jahrhundert gediehen die Schwesterstädte so zu einem reputierlichen Markt- und Handelsmittelpunkt im brandenburgisch-mitteldeutschen Raum. Erst der Dreißigjährige Krieg unterbrach diese Entwicklung. Belagerungen, Einquartierungen, Kontributionen, vor allem aber Pestepidemien beeinträchtigten das städtische Leben wiederholt auf das Schwerste.
Aber schon 1642, noch ehe der Krieg beendet war, begann unter Kurfürst Friedrich Wilhelm der planmäßige Auf- und Umbau der durch den Krieg stark verwüsteten Stadt, deren Einwohnerzahl von ca. 14.000 im Jahre 1590 auf weniger als 7.500 zurückgegangen war. Vor allem die Vorstädte galt es wiederherzustellen. Sie waren aus Verteidigungsgründen 1640 (Berliner Vorstadt) und 1641 (Cöllner Vorstadt) niedergebrannt worden. In diesem Zusammenhang fiel als wichtigste städtebauliche Entscheidung der Ausbau des Reitweges zwischen Schloss und Tiergarten zu einer breiten, mit sechs Lindenreihen bepflanzten Allee, der späteren Straße Unter den Linden.
Ab 1658 wurde Berlin, dessen Name sich nun endgültig für die Doppelstadt durchgesetzt hatte, nach Plänen von Gregor Memhardt (1607–1678) zur Festungsstadt ausgebaut, Garnisonsstadt war es schon zuvor geworden. Die Ausführung der fortifikativen Anlagen nahm 25 Jahre in Anspruch. Auf Berliner Seite waren die Festungswerke vor der alten Stadtmauer angelegt, auf Cöllner Seite wurden der Stadtgraben, der Friedrichswerder sowie die kleine Gemeinde Neu-Cölln am Wasser miteinbezogen. Noch heute erinnern Namen und Lage von Oberwall-, Niederwall- und Wallstraße an die einstigen Bastionen. Ihr Verlauf stand jedoch schon zum Zeitpunkt des Entstehens im Wi-



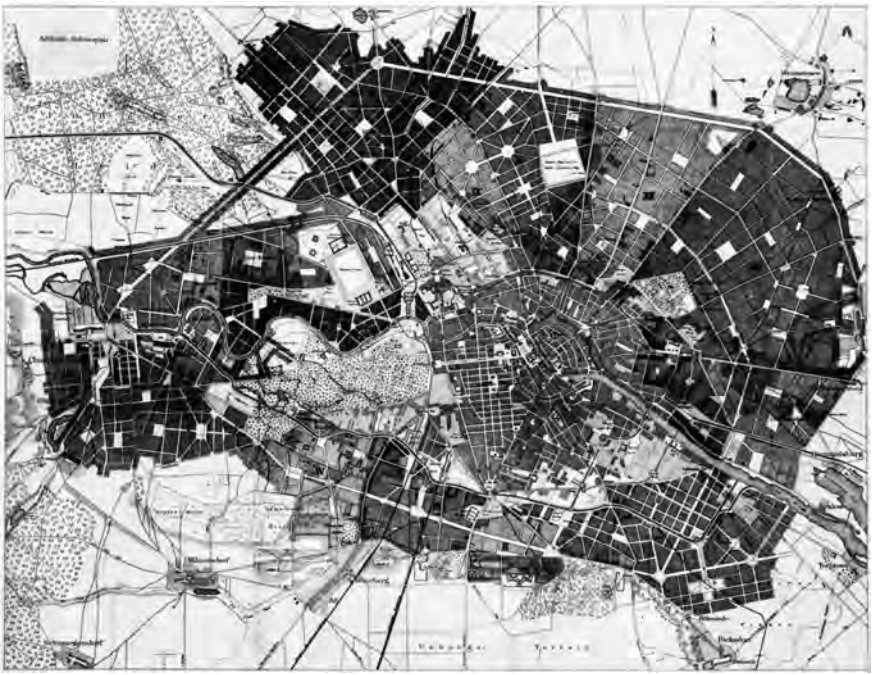
„Grundriß der Beyden Chur[fürstlichen] Residentz Stätte Berlin und Cölln an der Spree“
von Johann Gregor Memhardt, um 1650

derspruch zu den ab 1662 einsetzenden planmäßigen Stadterweiterungen. Während die Friedrichwerdersche Neustadt – als erste Erweiterung – noch innerhalb der ursprünglich geplanten Festungswerke lag und damit unmittelbar an das alte Stadtgebiet angebunden war, befand sich die ab 1674 zwischen Spree und der Lindenallee (Straße Unter den Linden) angelegte Dorotheenstadt bereits außerhalb der Fortifikation. Die Anlegung der südlich davon gelegenen Friedrichstadt, ab 1688 in direkter stadträumlicher Beziehung zur Dorotheenstadt konzipiert, war dementsprechend ebenfalls eine Erweiterung „vor den Toren der Stadt“. Ihre rasterartige Grundrissfigur geradliniger, scheinbar unendlicher Straßenfluchten zeigte aber zugleich die kommende Dimension des Bauens an und die neuen stadtbaukünstlerischen Qualitäten, welche sich dann mit der Regentschaft Friedrichs III. am Ende des 17. Jahrhunderts vollends durchsetzen sollten.

3. Die preußische Kapitale

Berlin avancierte 1701 zur Hauptstadt des Königreichs Preußen, nachdem sich Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg in Königsberg selbst zum König Friedrich I. in Preußen gekrönt hatte. Schon zuvor bereitete er die Stadt baulich auf ihre neue Funktion vor. Der machtpolitische und damit verbundene stadtkulturelle Aufstieg, durch die planmäßigen Stadterweiterungen diesseits und jenseits der „Linden“ eingeleitet, wurde nun durch bedeutende Einzelbauten, welche der Stadt sowohl einen neuen Maßstab als auch ein neues Profil gaben, sichtbar untermauert. Verbanden sich die erwähnten Stadterweiterungen namentlich vor allem mit Johann Arnold Nering (1659–1695) und Philipp Gerlach (1679–1748), so war es vor allem die Persönlichkeit Andreas Schlüters (1659?–1714), die die künstlerische Qualität des barocken Berlins entscheidend prägte. Schlüters Werke stellten die ersten herausragenden Leistungen internationalen Ranges dar, die in der Stadt hervorgebracht wurden, und formulierten einen ästhetischen Anspruch, der für lange Zeit zum Maßstab worden sollte. 1694 nach Berlin berufen, schuf Schlüter als Bildhauer-Architekt während seiner hiesigen Schaffenszeit bis 1713 u. a. so bedeutende Bau- und Kunstwerke wie das Gießhaus (1698–1705), das Palais Wartenberg (1701–1706) und das Landhaus Kamecke (1711/12), welche heute alle nicht mehr vorhanden sind. Die für die Gestalt der Stadt bestimmenden Arbeiten aber waren schließlich das Zeughaus (1695 von Nering und Martin Grünberg begonnen; 1699–1710 durch Jean de Bodt vollendet; Nr. 36) an der Straße Unter den Linden, die umfassende Barockisierung, verbunden mit

Aus- und Umbau des Stadtschlosses (Nr. 25) zwischen 1698 und 1706 (1950/51 teilbeschädigt abgerissen) sowie die Ausgestaltung der Langen Brücke mit dem Reiterstandbild des „Großen Kurfürsten". War es am Zeughaus die Gestaltung der kolossalen Fassaden mit dem überreichen Schmuck, die neue ästhetische Dimensionen offenbarte, so beeindruckte das geniale Reiterstandbild auf der Langen Brücke (nach Plänen von Nering als erste steinerne Brücke Berlins 1694 fertiggestellt) durch seine sensible Balance zwischen dynamischer Kraft und würdevoller Haltung. Das Schloss mit seiner neuen Palastfront, bestimmt durch einen triumphalen Säulenrisalit – zu der die Lange Brücke städtebaulich in Beziehung stand –, wurde zum eindeutigen Kraftzentrum der Stadt, zum baulichen Mittelpunkt, der den Stadtraum auf lange Zeit ordnend zusammenfassen sollte.
Das absolutistische Berlin des 18. Jahrhunderts brachte schließlich, in der Folge Schlüters, einen vornehmlich niederländisch bzw. französisch beeinflussten Barockklassizismus hervor, der für das Stadtbild prägend wurde. Architektonisch setzte vor allem unter der Regentschaft Friedrichs II. der Baumeister Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff (1699–1753) glanzvolle Akzente. Mit dem Bau des Königlichen Opernhauses (heute Staatsoper, Nr. 42) an der Straße Unter den Linden, 1740–43, entstand das Forum Fridericianum (ab Nr. 45) als neuer städtebaulicher Monumentalplatz in Korrespondenz zum Schlossbezirk. Dem Opernhaus folgten seit 1748 das Palais des Prinzen Heinrich von Johann Boumann (1706–1776, Nr. 46) sowie die Hedwigs-Kathedrale (Nr. 43), die 1773 fertig gestellt wurde. Die (Alte) Königliche Bibliothek (Nr. 44), nach Entwürfen von Christian Unger (1743–1812) 1775–80 errichtet, vervollständigte schließlich die Platzumbauung.
Mit der Bibliothek wurde zugleich ein Hauptwerk des friderizianischen Barock in Berlin verwirklicht, welches für die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts nach dem Vorgriff auf den Klassizismus noch einmal bestimmend geworden war. Namentlich nach dem Siebenjährigen Krieg kam es seit 1769 zu einer regen Bautätigkeit, die vor allem der Verschönerung der Stadt diente. Auf Kosten des Königs entstanden eine große Anzahl sogenannter Immediatbauten – besonders in der Dorotheenstadt und der Friedrichstadt –, denen (nach römischem Vorbild aus Kupferstichkatalogen) festliche Fassaden vorgehängt wurden. Großartige Schauarchitekturen wie die Kolonnaden an der Mohrenstraße (1787; Nr. 97), die am Spittelmarkt (1774) und die Königskolonnaden (1777–1780) entstanden. Letztere waren Schöpfungen Carl von Gontards (1731–1791), der mit den imposanten Turmbauten am Gendarmenmarkt (in Zuordnung zur Deutschen und Französischen Kirche, Nr. 98) dem Stadtraum zwei markante Akzente hinzufügte, die geradezu charakteristisch für die Stadtsilhouette wurden.
Städtebaulich war die unter Gerlach erfolgte Erweiterung der Friedrichstadt die bedeutendste Leistung des Jahrhunderts. Mit dem umfangreichen Ausbau nach Süden 1732–1738 wurde zugleich die alte, viel zu eng gewordene Bastionsbefestigung geschleift und durch eine die bestehenden Vorstädte einschließende Zollmauer ersetzt. Der erweiterte Stadtgrundriss wurde nun von drei Torplätzen bestimmt, dem „Quarre" (Pariser Platz, Nr. 72), dem „Octogon" (Leipziger Platz, Nr. 113) im Westen und dem „Rondel" (Belle-Alliance-Platz, heute: Mehringplatz, Nr. 499) im Süden. Hauptmotiv der Erweiterung bildete ein Straßenfächer: Lindenstraße und Friedrichstraße, beide in der Trassierung schon existent, wurden auf den Rundplatz („Rondel") innerhalb des südlichen Tores der neuen Zollmauer zugeführt. Eine neu angelegte dritte Straße, die Wilhelmstraße, vervollständigte die Fächerfigur. Die oft zitierte Übernahme des Platzmotivs von der Piazza del Popolo in Rom blieb dabei im Formalen unvollständig, denn eine ähnlich monumentale Ausstattung wie die des Vorbildes – mit zwei Kirchen zwischen den Straßenmündungen – war hier nie intendiert.
Außerhalb der Stadt war der planmäßige Um- und Ausbau des westlich Berlins gelegenen Tiergartens zu einem „Lustpark für die Bevölkerung" durch Knobelsdorff bedeutsam. Ebenso die Errichtung einer Reihe von Schlössern, die sich wie ein Gürtel um das Weichbild des städtischen Umlandes legten, wobei Charlottenburg (Nr. 379–381), schon 1695 unter Nering begonnen und seit 1702 von Johann Friedrich Eosander von Göthe (1669–1728) erweitert (und später von Knobelsdorff ausgebaut), dabei ohne Zweifel die herausragendste Anlage darstellte.
Das ausgehende 18. Jahrhundert brachte, inspiriert von den gesellschaftlichen Ereignissen der Französischen Revolution und unter dem Eindruck der beginnenden Industrialisierung, auch in der Baukunst einschneidende Veränderungen. In Berlin verband sich dieser Aufbruch in eine neue Architektur mit der Person Friedrich Gillys (1772–1800). Allzu jung verstorben und so zum Mythos geworden, stand er für einen „revolutionären Klassizismus", getragen von den bürgerlichen Idealen der Revolution und durchdrungen von der Philosophie der Aufklärung. Blieb sein kühner Entwurf einer bürgerlich-emanzipierten Architektur, kulminierend in der als Gesamtkunstwerk angelegten Konzeption eines „Denkmals für Friedrich den Großen" am Leipziger Platz, erhabene Utopie, offenbarte Karl Gotthard Langhans (1732–1808) – in Gillys Nachfolge stehend – mit seinen Werken für Berlin deren ästhetische Dimension im stadträumlichen Kontext. Geradezu als dafür emblema-



Übersicht zum Hobrechtplan von 1862

tisch ist der Bau des Brandenburger Tores (1788–1791; Nr. 71) zu begreifen; als Anspielung auf die Propyläen, den Eingangsbau der Akropolis von Athen, ist es die Vergegenständlichung des bürgerlich-intellektuellen Sehnsuchtsbildes von „Spree-Athen“.
Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) aber blieb es vorbehalten, das klassizistische Berlin „zu bauen“ und der Stadt damit für mehr als ein halbes Jahrhundert die charakteristischen Züge zu verleihen. Der Wandel Berlins zu einer bürgerlichen Stadt, in der der großgrundbesitzende Adel seine politisch-militärische Kommandofunktion behaupten konnte, wurde – gerade im Innenstadtbereich – in Schinkels Werken manifest. Bauten wie die Neue Wache (1816–18; Nr. 37) an der Straße Unter den Linden, das (Alte) Museum am Lustgarten (1822–25; Nr. 28) sowie der Umbau des dortigen alten Doms (1817 und 1820–22; Nr. 26), die Bauakademie (1831–35; Nr. 91) und die Friedrichswerdersche Kirche (1824–30; Nr. 90) bildeten hierbei die architektonischen Glanzpunkte. Mit den Stadterweiterungsplänen für Moabit und das Köpenicker Feld (im heutigen Kreuzberg) wirkte schließlich auch Schinkels städtebauliches Schaffen unmittelbar in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein.
Das reale Wachstum der Stadt vollzog sich indes bis zur Mitte des Jahrhunderts noch vornehmlich innerhalb der Stadt- und Zollmauern und führte zu einer enormen Verdichtung, die sich schließlich auch in die späteren Stadterweiterungen übertrug. Denn die 1851 verabschiedete neue Kommunalverfassung enthielt neben dem Dreiklassenmodus als bedeutsames und zugleich folgenschweres Instrument das Hausbesitzerprivileg, wonach 51 % der Stadtverordneten Haus- und Grundbesitzer sein mussten, was die Bau- und Bodenspekulation enorm begünstigte. Vor diesem Hintergrund entstand 1853 die „Baupolizeiordnung von Berlin“, welche in der Festlegung brandschutztechnischer Minimalforderungen die Mietskasernenviertel ermöglichte, die auf der Grundlage des 1862 in Kraft gesetzten Hobrecht’schen Bebauungsplanes für Berlin und Charlottenburg sich in der Folgezeit bis zur Jahrhundertwende gürtelartig um die Stadt legten, die „größte Mietskasernenstadt der Welt“ entstehen ließen und den Ruf des „steinernen Berlins“ (Werner Hegemann) provozierten.

4. Die Hauptstadt des Kaiserreiches

Mit der Reichsgründung 1871 wurde Berlin zur Reichshauptstadt befördert. Beeinflusst von der rasanten industriellen Entwicklung, die Berlin schon zuvor zur größten und wichtigsten Industriestadt Deutschlands gemacht hatte, vollzog sich ein explosionsartiger Aus- und Umbau der Stadt, deren Struktur und Gestalt dabei vollkommen verändert wurden. Um den Transport von Gütern und Personen sicherzustellen, entstanden Nah- und Fernverkehrsnetze, Wasserstraßen wurden kanalisiert und Chausseen gebaut. Bahnhöfe, Häfen, Markthallen, Waren- und Kaufhäuser sowie Hotels bildeten die neuen Orte großstädtischer Konsumtion und Distribution; Fabrikanlagen wurden aus der Erde gestampft. Und mit der industriellen Arbeit kam das ländliche Proletariat in den städtischen Ballungsraum um Berlin und verlangte nach billigem Wohnraum. Seit ca. 1890 begann die Stadt mit den sich gleichzeitig ausdehnenden Nachbarstädten und Gemeinden wie zum Beispiel Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg und Rixdorf (später Neukölln) zusammenzuwachsen.
Das „steinerne Berlin“ verdichtete seine Baublöcke bis zur Sättigungsgrenze, vor allem in den Arbeitervierteln der heutigen Bezirke Friedrichshain, Lichtenberg, Wedding und Kreuzberg mit ihren lichtlosen, engen Hinterhöfen mit Quergebäuden und Seitenflügeln. In den beengten Wohnungen hausten in der Regel mehrere Familien, die oft zusätzlich noch Schlafburschen und Untermieter aufnahmen. Die Bevölkerung im Agglomerationsraum Berlin expandierte zwischen 1871 und 1900 von ca. 900.000 auf mehr als 2.700.000 Einwohner.
Die Kritik an den unhaltbaren Zuständen in den Massenquartieren führte schließlich 1892 zu einer differenzierteren „Baupolizeiordnung für die Vororte Berlins“, die das weitere Wachstum der Stadt besser regulieren sollte. Einen weiteren bedeutsamen Schritt zur Verbesserung der großstädtischen Verhältnisse stellte der 1907 ausgeschriebene Wettbewerb „Groß-Berlin“ dar, dessen Aufgabe es war, den inzwischen auf ca. 3.500.000 Einwohner angewachsenen städtischen Raum des späteren Groß-Berlin neu zu ordnen und ihm ein zusammenhängendes Gefüge zu geben. Die bedeutsamen Ergebnisse dieser Ausschreibung, die in der Allgemeinen Städtebauausstellung von 1910 (der ersten großen Berliner Bauausstellung mit internationaler Beteiligung) vorgestellt und diskutiert wurden, waren zugleich eine Kampfansage an das Spekulationsobjekt Mietskaserne. Wenn auch die direkte Umsetzung der Vorschläge durch die Kriegsereignisse versagt blieb, stellten die Themen und Ergebnisse der Ausstellung doch die inhaltlichen Weichen für den Berliner Städtebau der 1920er Jahre.
Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass Berlin im Zeitraum zwischen 1890 und 1910 seine für das 20. Jahrhundert bestimmenden städtebaulichen Charakteristika herausbildete.
Während die Innenstadt, vor allem die Friedrichstadt, sich zu einem dichten Geschäfts- und Verwaltungsviertel entwickelte, setzte sich zugleich der schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts begonnene „Zug nach Westen“ verstärkt fort. Die Herausbildung neuer Stadtviertel für mittlere und gehobenere Bürgerschichten war die Folge. Die Luxusbebauungen des Kurfürstendammes und seiner Nebenstraßen sind hierfür exemplarisch, wie auch die Wohngegend um den Lietzensee und am Kaiserdamm in Charlottenburg oder das Bayerische Viertel in Schöneberg sowie das Rheinische Viertel (Nr. 426) in Wilmersdorf.
Parallel zu den städtischen Wohnvierteln bildeten sich von Grunewald über Dahlem bis nach Wannsee weiträumige Landhaus- und Villenviertel heraus, in denen an der Peripherie der Stadt das „Leben auf dem Lande“ gepflegt wurde. Berlin verkörperte zur Jahrhundertwende gleichermaßen die „versteinertste wie grünste Millionenstadt des Kontinents“.
Die Architektur dieser Epoche war dabei schnelllebig und vielgesichtig wie die gesellschaftliche Situation. Zwischen Rückschritt und Aufbruch, zwischen Historismus und Moderne spannte sich ein grandioser Bogen baulicher Formen- und Gestaltwelten. Die Widersprüchlichkeiten der Zeit offenbarten sich zum Beispiel im Werk Franz Heinrich Schwechtens (1841–1922). Mit seinem Anhalter Bahnhof (1876–80; Nr. 524), der „Mutterhöhle der Eisenbahn“ – wie ihn Walter Benjamin einmal bezeichnete –, schuf er eine Architektur des technischen Aufbruchs wie gleichermaßen mit der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche (1891–95; Nr. 304) höfische lmponierbaukunst. Ludwig Hoffmann (1852–1932), zwischen 1896 und 1924 Stadtbaurat von Berlin, prägte dagegen wie kein Zweiter das „kommunale Berlin“ der Kaiserzeit mit einer Vielzahl von Schulen, Krankenhäusern, Feuerwachen, Badeanstalten sowie städtischen Verwaltungsbauten. Mit seinem Rudolf-Virchow-Krankenhaus (1898–1906; Nr. 279), dem Märkischen Museum (1896–1908: Nr. 130), dem Neuen Stadthaus (1902–11; Nr. 11) und dem Märchenbrunnen (1901–13) setzte Hoffmann bestimmende Akzente in die Stadtlandschaft. Er und Alfred Messel (1853–1909), der Architekt des Wertheim-Warenhauses am Leipziger Platz (1896, 1899/1900) und Schöpfer des Pergamon-Museums (1909–30; Nr. 32), gingen in ihrer „Architektur der Reduktion“ den ersten entscheidenden Schritt auf dem Wege zu einer neuen Architektur, die die Geschichte produktiv fortzuschrei-

ben vermochte. Ihr standen die pathetische Monumentalbaukunst des neuen Berliner Domes (1893–1905; Nr. 26) am Lustgarten von Julius Raschdorff (1823–1914) sowie Paul Wallots (1841–1912) gewaltiger Reichstagsblock (1883–94; Nr. 273) gegenüber, dessen Platzierung am Königsplatz (heute Platz der Republik) zugleich den Versuch darstellte, der Stadt eine neue, eine republikanische Mitte zu geben. Peter Behrens (1868–1940) schließlich weist mit seinen epochemachenden Bauten für die AEG an der Brunnenstraße (1910–12; Nr. 295) sowie der Turbinenhalle an der Huttenstraße (Nr. 248) in Moabit (1908–11) den Weg zur Architektur des 20. Jahrhunderts. Er wurde damit zum „Vater der Moderne“, die dann später viele Namen hatte.

5. Von der Hauptstadt zur Weltstadt: das republikanische Berlin

Die Not der Nachkriegszeit forcierte die schon seit 1908 verfolgte Idee der administrativen Zusammenfassung des verstädterten Ballungsraumes Berlin. 1920 erfolgte schließlich der Zusammenschluss der die Stadt umgebenden 93 Städte, Landgemeinden und Gutsbezirke zur Einheitsgemeinde „Groß-Berlin“ und ließ diese – hinter London – zur flächenmäßig zweitgrößten Stadt Europas aufrücken. In den 1920er Jahren entwickelte sich jene „neue“ Stadt Berlin aus der Nachkriegsdepression zu der vitalen, weltoffenen Metropole, die noch heute gern beschworen wird.
In Ermangelung finanzieller und wirtschaftlicher Möglichkeiten blieb das Bauen in den ersten Jahren nach Kriegsende aber auf das Abenteuer des Entwurfs beschränkt. Dabei entwickelte sich die Stadt binnen kurzer Zeit zum „avantgardistischen Nabel der Welt“. Hier wirkten und bauten u. a. Hugo Häring (1882–1958), Walter Gropius (1883–1969), Ludwig Mies van der Rohe (1886–1969), Bruno und Max Taut (1880–1938 und 1884–1967), Martin Wagner (1885–1957) und Hans Scharoun (1893–1972) neben den großen Meistern expressionistischer Baukunst wie Erich Mendelsohn (1887–1953) und Hans Poelzig (1869–1936). Eine stattliche Anzahl von Einzelbauten der genannten Protagonisten, wie zum Beispiel das Haus des Rundfunks (1929–31; Nr. 345) von Poelzig, Max Tauts Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker (1925; Nr. 487), das Strandbad Wannsee (1929/30; Nr. 923) von Wagner im Zusammenwirken mit Richard Ermisch (1885–1960) sowie das 1926–28 errichtete ehemalige Universum-Kino (heute Schaubühne am Lehniner Platz; Nr. 460) von Mendelsohn zeugen noch heute von der enormen Vielfältigkeit und dem hohen gestalterischen Niveau dieser Zeit.
So ästhetisch wie funktional fortschrittlich die architektonischen und städtebaulichen Utopien der Avantgarde waren und wie intensiv sie die nachfolgende internationale Debatte auch anregten und befruchteten, erfassten sie in ihrer totalen Ablehnung der Geschichte die konkreten Probleme der Großstadt jedoch nur unzureichend. Auch und gerade auf dem Gebiet des Wohnungsbaues zielten die Ansätze in ihren Ergebnissen an den eigentlichen sozialen Aufgabenstellungen der Zeit vorbei. Denn die beispielhaften Lösungen der durchgrünten, luftigen und mit Gemeinschaftseinrichtungen (wie Waschküche, Trockenraum etc.) ausgestatteten Mustersiedlungen der Weimarer Republik, die von den genossenschaftlichen bzw. gewerkschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften als Antwort auf die „Stadt des 19. Jahrhunderts“ nach den Prinzipien „Licht, Luft und Sonne“ an der städtischen Peripherie errichtet wurden, ignorierten die Problematik der real existierenden Massenquartiere der Arbeiterviertel und vermochten deren Verhältnisse um keinen Deut zu verbessern. Die „Onkel-Tom-Siedlung“ (Nr. 893) in Zehlendorf, die „Weiße Stadt“ (Nr. 689) in Reinickendorf, die „Ringsiedlung“ (Nr. 383) in Siemensstadt und die „Hufeisen-Siedlung“ (Nr. 675) in Britz gelten heute wie damals dennoch als hervorragende soziale wie städtebauliche und architektonische Leistungen. Demgegenüber rufen die aus ökonomischen Gründen unrealisierten rigorosen Neu- und Umbaupläne für die zentralen Bereiche der Innenstadt (Wettbewerbe für Alexanderplatz und Potsdamer Platz sowie den Platz der Republik und die Straße Unter den Linden) dieser Zeit heute zunehmende Skepsis hervor.
Darüber hinaus bleibt festzuhalten, dass es an der Realität vorbeigehen würde, die bauliche Entwicklung Berlins in der Weimarer Republik auf die Avantgarde zu verengen. Sie hatte am Gesamtbaugeschehen nur einen bescheidenen Anteil. Dagegen war das „alltägliche Baugeschehen“ durchgängig von konservativ-traditionalistischen Bauauffassungen geprägt, wie sie beispielsweise im „Zehlendorfer Dächerstreit“ in der Bebauung am Fischtalgrund (Nr. 895) programmatisch gegen Bruno Tauts, Hugo Härings und Otto R. Salvisbergs Siedlungshäuser zum Ausdruck kommen.

6. Von Berlin nach „Germania“: die nationalsozialistische Reichshauptstadt und ihre Zerstörung

Mit dem 30. Januar 1933, dem Tag der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten, setzte für Berlin eine Phase ein, die schließlich mit der physischen Vernichtung weiter Teile der Stadt endete. Ausgerechnet die Stadt, deren Bevölkerung der NSDAP bis 1933 (und zum Teil auch noch danach) bemerkenswerten Widerstand entgegensetzte, hatte in der Folgezeit des „Dritten Reiches“ (und letztlich in den Auswirkungen bis in die Gegenwart) am schwersten unter der Hypothek der NS-Herrschaft zu leiden.
Zunächst jedoch blieb die politische Zäsur im Bereich der Bau- und Planungsentwicklung ohne direkte Auswirkungen. Im Bau befindliche Objekte wurden weitergeführt, zurückgestellte Vorhaben aus der Zeit vor 1933 im Rahmen der Arbeitsbeschaffungspro-gramme reaktiviert. Das konzeptionelle wie formale Spektrum der Architektur war dabei breiter gefächert, als von der NS-Propaganda suggeriert und von der Baugeschichts-schreibung postum behauptet wurde. Gleichwohl hatte das Baugeschehen insgesamt zunächst ein vergleichsweise bescheidenes Volumen. Der Hochbau-

Modell der Nord-Süd-Achse, dem Kernbereich der „Neugestaltungsplanungen für die Reichshauptstadt Berlin“ („Germania“), 1942

bereich erschöpfte sich vornehmlich in einigen propagandawirksamen Großbauten wie dem Reichsbankerweiterungsbau (heute Kernbereich des Auswärtigen Amtes, 1934–40; Nr. 93) von Heinrich Wolff, dem Reichsluftfahrtministerium (heute Bundesfinanzministerium, 1935–36; Nr. 115) und dem Zentralflughafen Berlin-Tempelhof (1935–39; Nr. 632) von Ernst Sagebiel sowie den Anlagen des sogenannten Reichssportfeldes mit dem Olympiastadion (1934–36; Nr. 359) von Werner March. Der Wohnungsbau spielte hingegen eine untergeordnete Rolle.
Mit der ab 1937 zum Tragen kommenden, auf Expansion abzielenden Außenpolitik vollzog sich auch eine nachhaltige Veränderung des Berliner Baugeschehens. Sie findet ihren administrativen Ausdruck in der Einsetzung Albert Speers als „Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin“ (GBI). Unter seiner Leitung wurde im Vorgriff auf die Raubkriege Berlin planerisch zur Welthauptstadt „Germania“ ausgebaut. Die in diesem Zusammenhang entwickelte Architektur einer monströsen Nord-Süd-Achse vollzog dabei inhaltlich wie formal einen qualitativen Sprung. Kennzeichnend war, dass sie, im Gegensatz zu den Bauten der ersten Phase, weitgehend keinen praktischen Gebrauchswert mehr hatte, sondern primär herrschaftstechnische Funktion. Der soziale Auftrag blieb hierbei ausgeklammert. Die Architektur war auf Staats- und Parteibauten memorialen Charakters konzentriert, die die Kulissen für die kultischen Inszenierungen des Nationalsozialismus bilden sollten.
Während die GBI-Planungen sich bis auf wenige Beispiele (einige Botschaftsgebäude im Tiergartenviertel) auf die Zerstörung des Bestehenden beschränkten, initiierte die Stadtverwaltung bis in die 1940er Jahre hinein die noch heute im Stadtbild erfahrbare NS-Architektur. Diese ist in ihrer Ausrichtung im Prinzip als Teil einer sich fortschreibenden Entwicklung zu begreifen, die sich – wurzelnd in den Konventionen traditionalistischer Baukultur – bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts herausbildete und schließlich über 1945 hinaus ihre Gültigkeit behielt. Exemplarisch dafür stehen die noch heute existierende, zwischen 1935 und 1943 entstandene Bebauung des Fehrbelliner Platzes (Nr. 456) in Wilmersdorf sowie die bereits erwähnten Bauten des Flughafens Tempelhof (Nr. 632) und des ehemaligen Reichssportfeldes (Nr. 359) in Charlottenburg.
Blieben die Zerstörungen des „kaiserlichen Berlins“, bezogen auf die Innenstadt, unter dem Banner des Funktionalismus der 1920er Jahre nur planerischer Fiebertraum, begannen die Speerschen Abrissspezialisten bereits real mit der Demontage ganzer Stadtteile wie dem Bereich des heutigen „Kulturforums“ (Nr. 205) oder des Spreebogens am Reichstag in Tiergarten. Die bewusst geplante Liquidierung des bestehenden Berlins zugunsten „Germanias“ fand im Bombenkrieg ihre ungeplante grausame Fortsetzung.
Die Politik des Weltenbrandes endete schließlich in der totalen Kriegsniederlage und, als deren Resultat, in der Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin.

7. Die Nachkriegszeit: Wiederaufbau oder Neubau?

Die erste Phase der Nachkriegsentwicklung Berlins umfasste den Zeitraum zwischen 1945 und 1949. Während dieser vier Jahre nach dem politisch-gesellschaftlichen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Terrorstaates existierte Berlin noch als Einheit. Das wiedererwachende Leben in der zertrümmerten Stadt vollzog sich zunächst unter der Kontrolle der Roten Armee, die die militärische Niederlage der „Festung Berlin“ von außen herbeiführte, ohne von innen Hilfe erwarten zu können. Ab Sommer 1945 waren es dann neben den Sowjetrussen Amerikaner, Briten und Franzosen, die als Besatzungsmächte nach Berlin kamen. Die Stadt wurde dementsprechend hoheitlich in vier Sektoren aufgeteilt.
Das so besetzte Berlin glich zu diesem Zeitpunkt in vielen Teilen einer Trümmerlandschaft: Von den ca. 245.000 Gebäuden der Stadt waren 11,3 % total zerstört und 8,2 % schwer beschädigt. Weitere 9,3 % wurden als mittelschwer beschädigt, aber aufbaubar eingestuft; als nur leicht beschädigt und weitgehend uneingeschränkt nutzbar galten hingegen 70,1 % der gesamten Bausubstanz. Die höchsten Schadenswerte wiesen dabei die Innenstadtbezirke Mitte und Tiergarten sowie Kreuzberg auf.
Der Aufbau einer zivilen Administration begann bereits wenige Tage nach der Kapitulation. Unter der Ägide der Roten Armee wurde ein neuer Berliner Magistrat gebildet; zum ersten Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen bestellte man Hans Scharoun.
Angesichts der verheerenden Zerstörungen galt es, grundlegende Aufbaupläne zu entwickeln, die die künftigen städtebaulichen Orientierungen vorgeben sollten. Gleichwohl war angesichts der politischen Situation die künftige Rolle Berlins noch kaum definierbar. Für die Architekten und Planer bedeutete die Unsicherheit über die künftige Entwicklung die konkrete Chance, ihre Ideale der

„Stadt der Zukunft“ auf dem Plan voll entfalten zu können. Diese Zeit stellte sich deshalb als eine für städtebauliche Experimente bzw. radikale Neuerungen fruchtbare Phase dar. Indem die avantgardistischen Leitbilder der 1920er Jahre wieder zur planerischen Maxime gemacht wurden, glaubte man jedoch bereits, das gesellschaftliche Erbe des Nationalsozialismus (städtebaulich-architektonisch) „bewältigt“ zu haben. Der Vorstellung der aufgelockerten und entmischten Stadt, die gegen die Mietskasernenstadt des 19. Jahrhunderts gesetzt wurde, kamen die Kriegszerstörungen dabei durchaus entgegen. Der Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs hatte „willkommene Vorarbeit“ geleistet. Hans Scharoun sah in dem, „was blieb, nachdem Bombenangriffe und Endkampf eine mechanische Auflockerung vollzogen (haben), [...] die Möglichkeit, eine Stadtlandschaft zu gestalten“. Hans Josef Zechlin frohlockte, dass „erfreulicherweise [...] zur Fülle der Verluste auch die Menge des Verfehlten und Häßlichen (gehört), so dass der Städtebauer manches Ruinenfeld mit wehmütigem Lächeln begrüßt“.

Betrachtet man diese Planungen nach der oft beschworenen „Stunde Null“, so ist festzustellen, dass, obschon von graduell unterschiedlichen Ansätzen getragen, sie alle nicht Wiederaufbau, sondern Neubau meinten! Der alten verdichteten Stadt wurde die neue unversöhnlich entgegengestellt. Sowohl der 1946 unter Leitung Scharouns erarbeitete „Kollektivplan“ als auch der sogenannte „Zehlendorfer Plan“ von Walter Moest und Willi Görgen belegen dies: Propagiert der eine die aufgelockerte „Stadtlandschaft“, setzt der andere auf die verkehrsgerechte Stadt, wenn er auch von seinen Autoren als „Sanierungsplan“ begriffen wird. Auch andere Vorschläge, wie die architektonisch ambitionierten Aufbaupläne Max Tauts, bewegten sich qualitativ im vergleichbaren Rahmen. Nur der 1947 von Karl Bonatz (Nachfolger von Scharoun als Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen) und Richard Ermisch vorgelegte „Neue Plan von Berlin“ bot dazu eine scheinbare Alternative: In der Einschätzung der absehbaren wirtschaftlichen Möglichkeiten bezog er die überkommene Stadt weitgehend mit ein. Aber auch Bonatz und Ermisch bejahten das Vorhandene nicht konzeptionell, sondern fanden sich in pragmatischer Abwägung der beschränkten Gegebenheiten nur mit ihm ab.

„Das steinerne Berlin“, das Werner Hegemann schon 1930 so unerbittlich pauschalisierend an den Pranger stellte, hatte in diesen Jahren keinen ernsthaften Fürsprecher. Allein Ernst Randzio warnte angesichts der radikalen Neubaupläne vor der allzu leichtfertigen Zerstörung der kriegsverschonten Teile der Stadt, besonders der nur wenig beschädigten unterirdischen Stadtstruktur.

All die großen Pläne der ersten Nachkriegsjahre mussten letztlich aufgrund der bescheidenen wirtschaftlichen Möglichkeiten Makulatur bleiben. In der Realität setzte sich weitgehend die Instandsetzung des Überkommenen durch. Neben Enttrümmerungen bestimmten allerorts in der Stadt die „Herstellung von Schutzabdeckungen, Notdächern, (das) Schließen von Einschussöffnungen und Vernageln von Fensteröffnungen“ das alltägliche Baugeschehen. Für Neubauten fehlte es noch an Geld, Baumaterialien und funktionierenden Baubetrieben.

Die zweite Phase der Nachkriegsentwicklung wurde dann durch die politische Spaltung der Stadt eingeleitet. Londoner Konferenz (1947), Währungsreform und Blockade (1948) bildeten die entscheidenden Ereignisse, die der politisch-administrativen Teilung 1949 vorausgingen. Obwohl Berlin seinen stadträumlichen Zusammenhang als Ganzes behielt, entwickelten sich die Teilstädte, jeweils ihren gesellschaftlich unterschiedlichen Prämissen folgend, nun baulich voneinander weg.

Politisch und wirtschaftlich koppelte sich Berlin (West) an die soeben gegründete Bundesrepublik an. Der Hauptstadtfunktion beraubt und vom Hinterland abgeschnitten, erlebte es in der Folgezeit den rasanten Ausbau zum „Schaufenster der freien Welt“, wirtschaftlich die Einbeziehung in den Marshallplan, die Grundlage des „Wiederaufbaus“. Seine Politik wurde dabei stets von der gegen den Osten gerichteten westlichen Außenpolitik bestimmt. Während dieser Phase des „Kalten Krieges“ zwischen den entzweiten Großmächten blieb es „Hauptstadt in Wartestellung“.

Von solchen Prämissen wurde auch die Bau- und Planungspolitik und deren Realisierung bestimmt. Waren die ersten Jahre, aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, darauf reduziert, Instandsetzungen zu betreiben, wurde die Improvisation nun durch den propagierten „Wiederaufbau“ abgelöst. Die unter dem Leitbild der „aufgelockerten und gegliederten Stadt“ ausgerichteten Bauprogramme, die im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus entwickelt wurden, verwirklichten nun städtebaulich die bereits in den späten 1940er Jahren angekündigten Planungsstrategien wider die Mietskasernenstadt.

Vor dem Hintergrund einer sich sozial gebärdenden Architektur verknüpfte sich der Kampf gegen die Stadt des 19. Jahrhunderts mit der ästhetisch zum Teil unreflektierten Adaption des Vokabulars der Moderne bzw. deren unkritischer, zumeist epigonenhafter Fortschreibung. Siedlungen wie die Ernst-Reuter-Siedlung im Wedding, die Otto-Suhr-Siedlung in Kreuzberg, die Siedlung Britz-Süd in Neukölln und, in beschränktem Maße, auch das Bayerische Viertel in Schöneberg zeugen

noch heute davon. Einzig der städtebauliche Ansatz Hans Scharouns mit seiner Idee der Wohngehöfte in Siemensstadt (1957–60) stellte dazu eine wirkliche Weiterentwicklung der Siedlungskonzepte der 1920er Jahre dar, ohne jedoch vollends deren hohe gestalterische Qualität zu erreichen.
Zeitlich parallel zu derartigen Siedlungsprojekten wurden flächenräumende Abrisskampagnen durchgeführt, die unter dem Motto „Abriss für den Wiederaufbau“ zumeist ohne materiellen Gegenwert für die Stadt blieben. Der realen Demontage der (beschädigten) Stadt und der damit verbundenen Zerstörung ihrer urbanen Identität stand allein das politisch bestimmende Versprechen einer neuen Hauptstadt, der Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands gegenüber.
Während also die in Berlin (West) gelegenen traditionellen Kerngebiete während der 1950er Jahre abgeräumt wurden (Tiergartenviertel, Friedrichstadt), um sie für künftige Hauptstadtaufgaben vorzubereiten, auf die sich die Planung primär konzentrierte, entstand, den veränderten städtischen Gegebenheiten folgend, eine kommerzielle, kulturell durchwirkte West-City um Kurfürstendamm, Bahnhof Zoologischer Garten (Nr. 303), Hardenbergstraße und Ernst-Reuter-Platz (Nr. 404), die von offizieller Seite nur halbherzig akzeptiert wurde. Als historisch entwickeltes Subzentrum wurde sie hingenommen, man vermied es aber hartnäckig, sie auch unter Gesichtspunkten der Stadtentwicklung zur neuen West-Berliner Mitte zu erklären und damit die politisch-inhaltlichen Vorgaben für eine entsprechende Entwicklungsperspektive festzulegen. Demzufolge initiierten privatwirtschaftliche Interessengruppen die großen impulsgebenden Wettbewerbsverfahren, welche Teilbereiche des West-City-Gebietes zum Planungsgegenstand hatten und denen zum Teil bemerkenswerte Bebauungen folgten.
Exemplarisch sind dazu der von der DOB veranstaltete Wettbewerb „Rund um den Zoo“ vom Ende der 1940er Jahre, das 1952 ausgelobte Verfahren der Allianz-Versicherung, welches die Neugestaltung der Ecke Joachimstaler Straße/Kurfürstendamm (Nr. 314) zum Ziel hatte, sowie der 1954–55 durchgeführte Wettbewerb zur Bebauung des sogenannten Victoria-Areals mit dem Kranzler-Eck (Nr. 313) und dem Bilka-Kaufhaus (heute Karstadt-Sport, Nr. 312) zu nennen.
Bei all diesen Initiativen erwies sich die zuständige Bauadministration aufgrund ihrer politisch determinierten Gesamtstadt-Perspektive als unbeweglich.
Die sich darin offenbarende Ungleichzeitigkeit von Planungsanspruch und Realentwicklung charakterisiert dabei sinnfällig die damals politisch bestimmte Stadtentwicklungsproblematik Berlins (West). Sie fand ihren instrumentalisierten Ausdruck in dem für die ganze Stadt angelegten monströsen Schnellstraßenkonzept, das seit 1956 verfolgt wurde.
In diesem Zusammenhang wurde auch die 1957 veranstaltete „Interbau“ als ein Demonstrationsvorhaben mit Modellcharakter inszeniert. Propagandistisch war sie in Anlage und architektonischer Ausformung programmatische Antwort auf die Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee, Nr. 537) des „Nationalen Aufbauprogrammes“ Berlin (Ost); stadtplanerisch die Generalprobe der „Stadt von morgen“, die im Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ des gleichen Jahres ihre endgültige Ausformulierung finden sollte.
Im Gegensatz zu den vorausgegangenen Bauausstellungen von 1910 und 1931 – auf deren Tradition man sich explizit berief, die jedoch ihre Ideen und Konzepte in Zeichnungen und Modellen präsentierten – wurde der „Interbau“ die Realisierung ihres Konzeptes ermöglicht. Von dem postulierten „Wiederaufbau“ Berlins thematisch nicht zu lösen, sollte die Ausstellung zur „größten architektonischen und bauwirtschaftlichen Schau seit Jahrzehnten (werden) und [...] zeigen, wo wir stehen und wohin wir wollen“. Am Aufbau eines zerstörten Stadtviertels sollte demonstriert werden, wie man sich den künftigen Umgang auch mit bestehenden Stadtstrukturen dachte. Die Ausstellung sollte „sich über alles Gewesene und Bestehende hinwegsetzen und ein kühnes, sicher beispielhaftes Experiment“ zeigen.
Als Ausstellungsgebiet wählte man das nahezu vollständig zerstörte Hansaviertel (Nr. 240) in Tiergarten aus. Für dessen städtebauliche Neuordnung wurde 1953 ein Wettbewerb ausgeschrieben, der sich nicht nur mit der baulichen Gestaltung auseinandersetzte, sondern auch eine realisierbare Bodenneuordnung einbeziehen sollte. Die Planung sah die Auflösung der ehemaligen Blockstrukturen vor, die Anordnung von verstreut platzierten Einzelgebäuden, die den Tiergarten in das Wohngebiet integrierte. Den Konzepten der 1920er Jahre folgend, sollte der engen Stadt des 19. Jahrhunderts eine weitläufige, gut besonnte und belüftete Siedlung im Grünen entgegengestellt werden.
54 Architekten aus 13 Ländern waren aufgerufen, das Hansaviertel baulich zu gestalten. Die beauftragten Architekten verkörperten die damalige internationale Planerelite. So bauten u. a. Alvar Aalto (Nr. 242), Walter Gropius (Nr. 241), Oskar Niemeyer (Nr. 243), Arne Jacobsen und Pierre Vago.
Auch außerhalb des Ausstellungsareals wurden beispielhafte Bauprojekte realisiert, die in die Schau miteinbezogen worden sind. Nach Plänen Le Corbusiers entstand am Olympiastadion die Unité

d'habitation „Typ Berlin" (Nr. 358), und Hugh Stubbins baute in Zusammenarbeit mit Werner Düttmann als Beitrag der USA zur Ausstellung die Kongresshalle (jetzt: Haus der Kulturen der Welt; Nr. 271) im Tiergarten. Darüber hinaus fanden u. a. der Wiederaufbau des Schillertheaters (Nr. 406), der Neubau der Amerika-Gedenkbibliothek (Nr. 484) am Blücherplatz in Kreuzberg, die Bauten für die Freie Universität (Henry-Ford-Bau und Mensa; Nr. 892, Nr. 889), das 17-geschossige Gebäude des Senators für Bau- und Wohnungswesen und das 15-stöckige Wohnhochhaus am Roseneck (Nr. 434) noch besondere Beachtung.
Im Ostteil der Stadt hingegen wurde in einer massiven Folge von Projekten und Wettbewerben das Zentrum der „Hauptstadt der DDR" thematisiert. In der offiziellen planerischen Beschränkung auf das städtische Teilterritorium lag jedoch der qualitative Unterschied der politischen Prämissen. Freilich blieben auch diese Pläne in Ermangelung ausreichender wirtschaftlicher Potenz zunächst Papier. Priorität hatten der Aufbau der Industrie und die Schaffung von Wohnraum an der städtischen Peripherie. Eine Ausnahme bildete die schon erwähnte Anlegung der damaligen Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee und Frankfurter Allee; Nr. 539, 540, 537) als herausragendes Demonstrationsobjekt, welches architektonisch und städtebaulich den adaptierten Mustern sowjetischer Stadtbaukunst stalinistischer Ausprägung folgte. Grundlage dafür bildeten die im Aufbaugesetz vom 6. September 1950 formulierten zehn Grundsätze des Städtebaues. Selbstkritische Diskussion um eine künftige Architektur fand jedoch hüben wie drüben nicht statt. Die Debatte reduzierte sich auf die Kritik an den Konzepten und Programmen der jeweils anderen Seite.
Der Streit um Neubau oder Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche (Nr. 304) markierte dann am Ende der 1950er Jahre in der Tat die erste bewegte, öffentlich geführte Auseinandersetzung im Rahmen des „Wiederaufbaues". Mit Emotion und sachlichem Engagement wurde um Standort und Architektur der Kirche gestritten, wobei die Spannweite der Argumente vom werkgerechten Wiederaufbau bis zum Abriss und totalen Neubau reichte. Der Konflikt blieb jedoch Einzelfall und wurde nicht zum Anlass einer grundsätzlichen, permanent geführten architekturkritischen bzw. stadtentwicklungspolitischen Debatte.

8. Das geteilte Berlin bis zum Fall der Mauer

Die Schließung der Grenzen am 13. August 1961 leitete eine neue Entwicklungsphase ein. Es war das einschneidendste und folgenschwerste Ereignis der Berliner Geschichte seit 1945 und das substanziell bestimmende Moment für die Folgezeit bis zum Fall der Mauer im November 1989. Die politisch-administrative Trennung erhielt durch die nunmehr vollzogene stadträumliche Teilung eine andere Qualität. Wirtschaftlich wirkte sich die Sperrung der Grenzen vor allem auf den Arbeitsmarkt aus. Die nahezu 50.000 Arbeitskräfte, die als Grenzgänger täglich aus dem Ostteil der Stadt in den Westen kamen, waren der West-Berliner Wirtschaft auf einen Schlag entzogen. Durch umfangreiche Anwerbungsmaßnahmen westdeutscher Arbeitnehmer versuchte man die schmerzliche Lücke wieder zu schließen. „Hauptattraktion" der Anwerbungen war neben Steuervergünstigungen, der sogenannten Berlin-Zulage, Umzugsprämien und zinsgünstigen Darlehen vor allem die versprochene „Neubauwohnung im Grünen". Vor diesem Hintergrund sind denn auch die umfangreichen Wohnungsbauprogramme zu sehen, die in den 1960er und 1970er Jahren im Bau von Trabantenstädten wie dem Märkischen Viertel (Nr. 699), der Gropiusstadt (Nr. 686) und dem Falkenhagener Feld ihren städtebaulich-architektonischen Ausdruck fanden und geradezu als Charakteristika dieses Zeitabschnittes begriffen werden müssen. Jährlich entstanden in den Hochzeiten dieser Baupolitik zwischen 1961 und 1972 um die 20.000 Wohneinheiten.
Im Schatten dieser Aktivitäten vollzog sich unterdessen die Einleitung umfangreicher Flächensanierungen in den Wohnquartieren Kreuzbergs und Weddings, deren verheerende soziale wie stadträumliche Auswirkungen sich seit Ende der 1970er Jahre zu den brisantesten Problemen Berlins (West) auswuchsen. Mit dem 1963 verkündeten „Ersten Stadterneuerungsprogramm", dem vom Volumen her größten Stadterneuerungsvorhaben überhaupt, begann in umfassendem Maße die systematische Liquidierung der verhassten „Mietskasernenstadt". Parallel dazu ist die erwähnte Verlagerung der Neubautätigkeit an die Peripherie der eingeschlossenen Stadt konstatierbar. Sie ging einher mit der forcierten Verödung der ehemaligen Kerngebiete, die, inzwischen leergeräumt, zu Zwischenzonen bzw. Durchgangsgebieten verkamen.
Während die nur beschränkt vorhandenen Freiraumgebiete an den Stadträndern zubetoniert und die alten innerstädtischen Wohnquartiere planiert wurden, beherrschte ansonsten der noch auf die Gesamtstadt ausgerichtete Straßen- und Autobahnbau die städtebauliche Entwicklung, was im Flächennutzungsplan (FNP) von 1965 signifikant zum Ausdruck kommt. Stadtplanung war wäh-

Blick vom Reichstag auf die Mauer am Brandenburger Tor, 1979

rend dieser Phase zeitweise völlig auf die Verkehrsplanung reduziert, die an der Demontage der vorhandenen Strukturen maßgeblichen Anteil hatte. Der politische Hauptstadtanspruch fand indes, bezogen auf die alte Mitte, keine konkrete planerische Entsprechung mehr und verharrte in der hartnäckigen Freihaltung der leergeräumten Flächen. Stattdessen gewann die Idee eines „Kulturbandes“ entlang der Spree zwischen der (politisch-räumlich unerreichbaren) Museumsinsel (Nr. 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33) im Osten und dem Schloss Charlottenburg (Nr. 380) im Westen zwischenzeitliche Aktualität, wobei dem sogenannten „Kulturforum“ (Nr. 205) im Bereich des Kemperplatzes im Bezirk Tiergarten hierbei eine zentrale Stellung als künftiges Koppelstück zwischen Ost und West zukommen sollte. Als erster Bau des von Hans Scharoun gedachten Forums wurde die Philharmonie (1960–63; Nr. 206) errichtet, ein architektonisches Meisterstück des großen Architekten, welches auf den leergeräumten Arealen des einstmaligen Villenviertels am Tiergarten zunächst wie eine „Kathedrale in der Wüste“ wirkte. In architektonischer Kontradiktion dazu entstand dann zwei Jahre später am südlichen Rand des „Kulturforums“ die Neue Nationalgalerie (Nr. 202) von Ludwig Mies van der Rohe (1965–68). Sie ging als der „Parthenon des 20. Jahrhunderts“ gleichermaßen wie der Bau Scharouns in die „große europäische Baugeschichte“ ein. Mit der Errichtung der Staatsbibliothek (1967–68; Nr. 201), welche im radikalen Bruch mit dem überkommenen Stadtgrundriss quer auf die alte Reichsstraße 1, die Potsdamer Straße, gestellt wurde, weitete sich das „Kulturforum“ dann enorm nach Osten aus. Ihr folgten seit Ende der 1970er Jahre das Staatliche Institut für Musikforschung und Instrumentenmuseum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (1979–84; Nr. 206) und der Kammermusiksaal (1984–88; Nr. 207). Den vorläufigen Abschluss der Baumaßnahmen stellte schließlich der an der Westseite des „Forums“ lokalisierte Baukomplex der abendländischen Museen dar. Den Auftakt bildete hier das Kunstgewerbemuseum (Nr. 208), das im Jahre 1985 fertiggestellt wurde. Danach entstanden in stetiger zeitlicher Abfolge die Gebäude für die Kunstbibliothek und das Kupferstichkabinett, der zentrale Empfangsbau sowie die Verwaltung an der Staufenbergstraße. Die Errichtung der „Gemäldegalerie“ vollendete dann den weitläufigen Museenkomplex. Sie konnte nach Beendigung des Innenausbaus und der Einrichtung der Sammlung im Sommer 1998 eröffnet werden. Indes ist mit dem „Kulturforum“ trotz der gewiss beträchtlichen baulichen Anstrengungen bis heute kein urbaner Stadtbereich entstanden.

Die partielle Verwirklichung der City-Band-Planungen an dieser Stelle wirkt noch immer wie Stückwerk im fragmentarisierten stadträumlichen Gewebe und überlagert es als eine weitere Schicht wechselnder Planungsstrategien.
Generell ist festzustellen, dass diese bis in die 1980er Jahre anhaltende Phase weniger durch weitsichtigen Städtebau, der in umfassender Weise zur Revitalisierung angeschlagener Stadtgebiete hätte beitragen können, als vornehmlich durch singuläre Großprojekte gekennzeichnet war, die allerorts entstanden.
Auf dem kommerziellen Sektor war es zum Beispiel das Europa-Center (1963–65; Nr. 301) von Hentrich/Petschnigg, welches ein entscheidendes Signal in der West-City setzte, allerdings weniger durch seine Architektur als durch die Funktion bestach, sowie das skandalumwitterte Spekulationsobjekt des sogenannten Steglitzer Kreisels (1969–73; Nr. 852). Im Rahmen des Ausbaues des Flugverkehrs entstand 1969–74 mit dem Drive-in-Flughafen Tegel (Nr. 720) eine Anlage modernsten Zuschnitts. Das Internationale Congress Centrum (ICC, Nr. 343) von Ralf Schüler und Ursulina Schüler Witte, 1973–79 errichtet, bedeutete die Manifestation des Anspruches West-Berlins, im internationalen Kongressgeschäft eine herausragende Rolle zu spielen. Architektonisch stellte das ICC den Vorgriff auf eine in die Baukunst übersetzte Maschinenästhetik dar. Die Autobahnüberbauung Schlangenbader Straße (Nr. 425) schließlich, vor dem Hintergrund der Doppelnutzung knappen städtischen Bodens konzipiert, offenbart die Hybris architektonischer Kraftakte jenseits sozialer Verträglichkeit.
In Berlin (Ost) setzte nach 1962 die Umgestaltung des alten Stadtzentrums unter veränderten städtebaulichen wie architekturästhetischen Leitbildern ein. Auf einem mehr als 800 Hektar umfassenden Gebiet wurde damit begonnen, einen großstädtischen Straßenzug zu realisieren, der sich vom Brandenburger Tor über die Karl-Liebknecht-Straße und die Karl-Marx-Allee bis zum Frankfurter Tor erstreckt. Den Mittelpunkt dieser hauptstädtischen Magistrale bildete dabei das Gebiet um den Fernsehturm (Nr. 4) sowie die Bebauung des Alexanderplatzes, wobei der 365 Meter messende Turmbau den stadträumlichen Bezugspunkt darstellt. Weiträumigkeit und Größe der solitär angeordneten Baukörper erschienen als der materialisierte Ausdruck der postulierten „sozialistischen Umgestaltungsmaßnahmen“, die städtebaulich gegen das historisch vermittelte Netzstadtmodell die Bandstadt setzten.
Unter der Prämisse der Auflösung überkommener Strukturen stand auch die städtebauliche Zielsetzung bei der Neugestaltung der alten Zentrumsgebiete. Auf dem traditionsreichen Fischerkietz (Nr. 125) mit seiner kleinteiligen Parzellierung und zum Teil noch bestehenden niedrigen Bebauung entstanden, nach totaler Planierung des Bestandes, Punkthochhäuser mit 22 Geschossen, welche in Großtafelbauweise errichtet wurden. Am Beispiel des Fischerkietzes formulierte der damalige Chefarchitekt Ost-Berlins, Joachim Näther, die Leitgedanken für die Gestaltung des Zentrums so: „Eine generelle Neuplanung bietet die Chance, dem Fischerkietz eine seiner exponierten Lage in der Struktur des Stadtzentrums gemäße Funktion zu geben. Die Entscheidung wurde auch im Einvernehmen mit der Denkmalpflege zugunsten dieser Lösung getroffen.“
Im Bemühen, eine „neue Stadt“ auf den Trümmern der alten entstehen zu lassen, war man sich in dieser Phase, zwar nicht in den Mitteln, so doch in den Ergebnissen, in Ost und West also durchaus einig.
Seit Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin im September 1971 hatte sich die Situation der Stadt entscheidend verändert. Der Zugang nach Berlin (West) wurde gesichert und wesentlich erleichtert, die Bindungen zwischen der Bundesrepublik und der Stadt wurden gefestigt. All diese Vereinbarungen haben zur Entspannung und zur politischen wie wirtschaftlichen Stabilisierung beigetragen. Mit dieser Entwicklung veränderte sich auch das Selbstverständnis und die Identität West-Berlins. Als kulturelle Metropole, wissenschaftliches und technologisches Zentrum und als Umschlagplatz für den Ost-West-Handel sollte es neue Attraktivität gewinnen. Die damit verbundenen postulierten Ansprüche konnten jedoch auf vielen Ebenen nicht realisiert werden.
Die Bauentwicklung – zumal die des Wohnungsbaues – war vor diesem Hintergrund bis zum Beginn der 1980er Jahre rückläufig, was vor allem konjunkturelle Gründe hatte. In den Sanierungsgebieten offenbarten sich die politischen wie wirtschaftlichen Probleme in zugespitzter Form. Die Baupolitik wurde nun mehr und mehr darauf gelenkt, sich mit den konkreten inneren Themen der Stadt auseinanderzusetzen bzw. auf sie zu reagieren. Schon seit Mitte der 1970er Jahre führte der Versuch einer pragmatischeren Orientierung der Stadtplanung unter der Parole „Hinwendung zur Innenstadt- und Stadtreparatur“ zu einer neuen Stadtpolitik, die sich jedoch mit alten noch laufenden Programmen und Strategien teilweise widersprach bzw. überlagerte. Die Vorbereitung und Installierung einer außerhalb der Administration angesiedelten Planungsebene war deshalb folgerichtiges Resultat politischer Erkenntnis. Mit Gründung der Bauausstellung Berlin GmbH 1979 hatte sich eine solche Institution gefunden. Ihre Aufgabe war die Durchführung einer Internationalen

Bauausstellung (IBA) mit dem ehrgeizigen Thema „Die Innenstadt als Wohnort“. Ihre Arbeit erstreckte sich auf verschiedene ausgewählte Demonstrationsgebiete bzw. -themen, für welche sie im Zeitraum bis Ende 1987 die inhaltlichen und planerischen Voraussetzungen schuf. Ihre Arbeitsansätze in den Gebieten Südlicher Tiergarten, Südliche Friedrichstadt, Luisenstadt und Kreuzberg-SO 36, Prager Platz und Tegel erwiesen sich dabei in ihrer vielschichtigen Ausprägung (Rekonstruktion des historischen Stadtgrundrisses, Konzept der behutsamen Stadterneuerung) als dezidierte Kritik der bisherigen Stadtplanung und Baupolitik. Die zukunftsweisenden Initiativen der IBA, nicht zuletzt auch die phantasiereichen architektonischen wie städtebaulichen Ergebnisse, waren über ein Jahrzehnt Mittelpunkt der internationalen Debatte. Ihre Beispiele hatten für die Planungs- und Baukultur in der Stadt und darüber hinaus einen neuen Anspruch formuliert. Anstelle rigider Flächensanierungen und wildwüchsigen Neubaus war ein behutsamer Umgang mit den überkommenen Strukturen getreten, der auch die soziale Dimension des Planens und Bauens einschloss; die Architektur hat sich vom Funktionalismus-Aufguss der 1960er und 1970er Jahre qualitativ absetzen können. Ein solches komplexes Experiment schloss dabei freilich Vordergründigkeiten, Abwegigkeiten und Fragwürdiges mit ein.
Auch in Berlin (Ost) entwickelte sich seit Ende der 1970er Jahre ein neues städtebaulich-architektonisches Grundverständnis, welches sich jedoch aus anderen gesellschaftlichen Bedingungen herleitete und dementsprechend zu qualitativ anderen Lösungsansätzen führte. Das inzwischen gesteigerte Bedürfnis nach Geschichte einerseits und Urbanität andererseits produzierte im Innenstadtbereich einen Neo-Historismus, der sich als Fertigteilfolklore inszenierte. In der rasch wachsenden Stadt blieb die Wohnungsversorgung dagegen vornehmlich noch ein quantitatives Problem ohne erkennbare Gestaltungsambitionen. Bestimmend war hier weiterhin der industriell vorgefertigte Massenwohnungsneubau an den Stadträndern. Exemplarisch stehen dafür die Großsiedlungen Marzahn, Hohenschönhausen und Hellersdorf.
In den Mietskasernenvierteln des 19. Jahrhunderts, dem Charakteristikum Berlins, wich dagegen, unter gewandelter Auffassung, die rigorose Flächensanierung der Strategie der „komplexen Rekonstruktion“. Insbesondere in den traditionellen Arbeitervierteln wie Prenzlauer Berg sowie Friedrichshain, aber auch in Teilen von Mitte wurde sie in großem Maßstab erprobt und durchgeführt. Das Gebiet um den Arkona-Platz ist dafür ein hervorragendes Beispiel, wobei die Instandsetzungsbemühungen mit dem rasanten Verfall der Altbausubstanz generell jedoch nicht mehr Schritt zu halten vermochten. Die eklatanten Versäumnisse der ersten Jahrzehnte der DDR-Existenz rächten sich nun unaufhaltsam.
Neben dem Wettlauf gegen den selbstverschuldeten Substanzverlust der Mietskasernenquartiere bekam im Zuge des Ausbaues (Ost-)Berlins zu einer „glanzvollen sozialistischen Kapitale“ schließlich die Rekonstruktion des alten Zentrums – vorrangig der Dorotheenstadt und Friedrichstadt – nun absolute Priorität. Ähnlich wie im Westteil der Stadt hatte man die städtebaulichen Potentiale der Innenstadt wiederentdeckt. Die Wiederherstellung bedeutsamer historischer Bauten ging dabei einher mit der Lückenschließung innerhalb zusammenhängender Straßen- und Platzfronten. Als Beispiele sind in diesem Zusammenhang die städtebauliche Wiederherstellung des Gendarmenmarktes sowie Teile der Friedrichstraße herauszuheben und im Bereich der Kernstadt die „Rekonstruktion“ des Nikolaiviertels (Nr. 8, 9), welche in einer historisierenden Mischung aus „Dichtung und Wahrheit“ ein Stück Alt-Berlin in die Gegenwart zurückzuholen suchte.

9. Vom Fall der Mauer bis zur Gegenwart

Der Fall der Mauer im November 1989 und die ein knappes Jahr später vollzogene politische Vereinigung eröffnete der über Jahrzehnte sich Rücken an Rücken eingerichteten Doppelstadt am Schnittpunkt von West und Ost qualitativ völlig neue Entwicklungsdimensionen, deren Chancen sich Berlin in der Konfrontation des Zusammenwachsens bis heute, mehr als 20 Jahre danach, in ihrem Ausmaß noch immer nicht vollends bewusst gemacht zu haben scheint. Zu massiv waren und sind die auf allen Ebenen offenbar gewordenen Probleme des komplizierten Vereinigungsprozesses und die damit einhergehenden Folgewirkungen, deren Lösung offensichtlich alle Kräfte der Stadt bis heute beansprucht hat, als dass sie für sich selbst bisher in der Lage war, in die konkrete Offensive zu gehen und eine klar umrissene Zukunftsperspektive zu entwerfen. Bis über die Jahrtausendwende hinaus, konnte sich so der Eindruck verfestigen, dass sich Berlin, nachdem die Euphorie des Aufbruchs zwischenzeitlich der Nüchternheit des Alltags gewichen war, bis auf Weiteres darauf beschränkte, auf seine ungeheuren Herausforderungen gleichsam „in Wartestellung“ zu reagieren, nicht aber das Gesetz des Handelns in seine Hände zu nehmen. Die große, vom kreativen

Geist getragene fest umrissene Stadtutopie jedenfalls ist bis dato noch nicht am Horizont sichtbar geworden. Stattdessen bestimmten Partikularismus, Ungleichzeitigkeit und Widerspruch die städtische Wirklichkeit, was nicht zuletzt auch im Planen und Bauen seinen nachhaltigen Ausdruck fand. Hier hatten sich vor allem die Aufgaben und die damit verbundenen Schwerpunktbildungen radikal verändert. So beherrschten die erste Hälfte der 1990er Jahre gleichermaßen die „kritische Rekonstruktion der Innenstadt“ wie die „Konstruktion des Vorstädtischen“ das gesamtstädtische Baugeschehen, wie es Hans Stimmann, der zwischen 1991 und 2006 das Amt des Senatsbaudirektors des vereinigten Berlin inne hatte, treffend pointierte. Während die Planungen für das alte Zentrum dabei aufgrund der oftmals divergierenden Investitionsinteressen zeitweise zu kollabieren drohten, sind an der Peripherie in den Jahren zwischen 1990 und 1995 mehr als 70.000 Wohneinheiten neu entstanden. Danach flachte der Wohnungsbau erheblich ab und die Bauaktivitäten konzentrierten sich nahezu ausschließlich auf die innerstädtischen Bereiche. Viele der großen privatwirtschaftlichen Planungen konnten hier realisiert werden. Auffällig war die dabei spürbare Überlagerung der privaten Investitionen durch staatliche Großprojekte, die in Folge des Hauptstadtbeschlusses vom Juni 1991 nach langen zum Teil mühsamen Planungsverläufen an vielen Stellen in Angriff genommen wurden. Die Phase der zum Teil spektakulären Wettbewerbe und konzeptionellen Entscheidungsfindungen war damit im Wesentlichen abgeschlossen. An ihre Stelle trat das reale Bauen.

Und so wandelte sich der Spreebogen mit dem Platz der Republik in wenigen Jahren von einer gigantischen Baustelle zum neuen Zentrum von Parlament und Regierung. In diesem Zusammenhang erhielt das alte Reichstagsgebäude (Nr. 273), welches nach Plänen von Sir Norman Foster zum Deutschen Bundestag umgebaut wurde, ein hochmodernes und in seinem Repräsentationsgehalt angemessenes und architektonisch überzeugendes neues Innenleben. Die Fassaden wurden sorgfältig restauriert und als äußeres Zeichen der inneren Veränderung kündet eine gläserne Kuppel weithin vom Neuanfang der parlamentarischen Arbeit in dem durch die Geschichte so arg geschundenen historischen Bauwerk. Sie ist in ihrer tektonisch-konstruktiven Anmut gleichsam zum architektonischen Signet der Berliner Republik geworden. Im Zuge der „Bundesspange“, der von Axel Schultes und Charlotte Frank entwickelten städtebaulichen Grundlage für die Parlaments- und Regierungsbauten im Spreebogen, die zugleich für die Vereinigung von Ost und West steht, entstanden sowohl das großmaßstäbliche Kanzleramt mit dem Kanzlergarten (Nr. 272), ebenfalls nach Plänen von Schultes und Frank, als auch der sogenannte Alsenblock und der Luisenblock (Nr. 274), die von Stephan Braunfels konzipiert wurden. Allein die Lücke zwischen Kanzleramt und Alsenblock harrt noch immer ihrer Bebauung mit einem Bürgerforum als manifestes Zeichen des Souveräns. Dagegen konnten die östlich des Reichstagsgebäudes gelegenen „Dorotheenblöcke“ (Nr. 82), die wie der Alsenblock gleichermaßen der parlamentarischen Arbeit dienen, bereits zu Beginn des neuen Jahrzehnts ihrer Bestimmung übergeben werden.

Ein im Prinzip vergleichbares Szenario bot zum selben Zeitpunkt der wenige hundert Meter Luftlinie entfernte Bereich um den Potsdamer Platz (Nr. 193). Wie in der neuen „republikanischen Mitte“ am Spreebogen, waren auch hier die meisten Gebäudekomplexe bereits fertiggestellt und bildeten das gewichtige städtebauliche Gelenk zwischen Ost und West aus, wobei der angrenzende Leipziger Platz (Nr. 113) dabei noch einige Lücken aufwies, die erst jetzt baulich geschlossen werden.

Die Wiederbebauung der leergeräumten Platzbereiche stellte dabei das bis dahin größte und zugleich ehrgeizigste innerstädtische Bauprojekt Berlins dar. Seine Entwicklung ging auf Initiative des Daimler-Benz-Konzerns zurück, der sich bereits vor der Wende entschloss, den Ort zu reaktivieren. Allein auf seinen Flächen (Nr. 195) sind 19 Gebäudekomplexe mit einer Bruttogeschossfläche von 340.000 m² errichtet worden. Mit einem Investitionsvolumen von ca. 2,7 Milliarden DM entstand nach Entwürfen von Renzo Piano und Christoph Kohlbecker, Arata Isozaki, Hans Kollhoff, dem Büro Lauber + Wöhr, Josä Rafael Moneo und Richard Rogers ein zentraler Stadtbereich dichten urbanen Gefüges, der die Charakteristika der europäischen Stadt mit modernen Mitteln in das dritte Jahrtausend zu transformieren sucht. Zu ihm gesellt sich der inzwischen ebenfalls fertiggestellte Sony-Komplex (Nr. 196), der mit einer Investitionssumme von ca. 1,5 Milliarden DM das zweitgrößte Projekt am Potsdamer Platz darstellt. Bis zum Ende des Jahres 2000 wurde mit dem erklärten Anspruch auf „visionäre Gestaltung und vielfältige Nutzung“ nach den Plänen von Helmut Jahn eine großzügige Gebäudeanlage vollendet, welche auf mehr als 132.000 m² Bruttogeschossfläche eine kompakte Nutzungsmischung vereinigt, die von der Europavertretung des Sony-Konzerns über das zentrale Berliner Filmhaus bis zu einem Entertainment-Center mit IMAX-Kino reicht.

In Ergänzung der von Daimler-Benz sowie Sony entfalteten Aktivitäten sind schließlich noch einige weitere Großprojekte, wie die Quartierbebauung an der Köthener Straße (Nr. 197) entstanden und im städtebaulichen Zusammenhang inzwischen auf ihre urbane Tauglichkeit zu überprüfen.

Während aber im Spreebogen und am Potsdamer Platz die „Zukunft“ bereits real geworden ist, blieb der Alexanderplatz bis heute ohne entscheidende bauliche Veränderungen. Der von Hans Kollhoff als Sieger aus dem 1993 durchgeführten zweistufigen Wettbewerb hervorgegangene städtebauliche Entwurf harrt noch immer seiner Verwirklichung. Seine kühne Idee eines großstädtischen Platzraumes, der den metropolitanen Typus des Turmhochhauses zum tragenden Element macht und dementsprechend mit einem knappen Dutzend „Skyscrapers“ umstellt, scheint auch nach 20 Jahren noch immer Utopie zu sein. Denn bis auf die Erweiterung und den Umbau des Karstadthauses, dem Bau eines Sockelgebäudes ohne das dazugehörige Hochhaus und des an der Bahntrasse errichteten, städtebaulich und architektonisch höchst umstrittenen Passagen-Komplexes „Alexa“ reckt sich noch keiner der geplanten 150-Meter-Türme in den Himmel über Berlin. Prägen also die Bereiche des Spreebogens und des Potsdamer Platzes inzwischen anspruchsvolle Architekturen bzw. den „Alex“ im Wesentlichen die kühne Planvorstellung, kann das inmitten dieses „magischen Dreiecks“ gelegene Gebiet von Dorotheen- und Friedrichstadt bereits auf den meisten Quartieren mit fertigen Bauten aufwarten. Hier im wiedererwachten Zentrum, wo der Druck der Spekulations- und Investitionsinteressen unmittelbar nach der Wende am stärksten einsetzte und bis heute anhält, sind schon nahezu alle der architektonischen Verheißungen auf die Zukunft zu betrachten und auf ihren großstädtischen Anspruch kritisch zu hinterfragen. Zumal entlang der Friedrichstraße, der Magistrale des alten Zentrums, ist im Kernbereich zwischen dem Bahnhof und dem ehemaligem Checkpoint Charlie Block für Block, einer Bauausstellung gleich, ein buntes „Potpourri der architektonischen Ideen und Konzepte“ entstanden, das in seiner Vielschichtigkeit das im sogenannten Berliner Architekturstreit von den Kritikern beharrlich inszenierte Vorurteil der „uniformierten Langeweile“ Lügen straft. Von Christoph Mäcklers „Lindencorso“ (Nr. 60) an der Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden und der Bebauung des Quartiers 208 (Nr. 88) mit den Gebäuden von Josef Paul Kleihues, Max Dudler, Hans Kollhoff und Jürgen Sawade über die Friedrichstadtpassagen (Nr. 103) mit Jean Nouvelles Galeries Lafayette, den Quartieren 206 von Henry Cobb und 205 von Oswald Mathias Ungers bis zur Checkpoint-Charlie-Bebauung (Nr. 119) mit dem Komplex von Philip Johnson spannt sich ein Bogen unterschiedlichster architektonischer Einlassungen, die man sorgfältig in Augenschein nehmen kann. Sie werden ergänzt von einer beträchtlichen Anzahl ebenfalls fertiggestellter Projekte, die diesseits und jenseits der Friedrichstraße gelegen sind, wobei der Straße Unter den Linden mit dem Pariser Platz (Nr. 72) dabei größte Aufmerksamkeit zukommen muss. So zeigt sich zum Beispiel der nach Entwürfen von Benedict Tonon erfolgte Um- und Ausbau des Gebäudekomplexes der Deutschen Bank (Nr. 51) an der Ecke zur Charlottenstraße als ein bemerkenswerter Umgang mit bestehender Gebäudesubstanz wie das Haus Pietzsch (Nr. 64) von Jürgen Sawade an der Ecke zur Neustädtischen Kirchstraße auf extrem ungünstigem Grundstückszuschnitt einen neuen Typus mit einer außergewöhnlichen Architektur gebar, ohne das vorhandene städtebauliche Gefüge zu konterkarieren. Der unmittelbar daneben gelegene Komplex für den Bundestag sowie sein Komplementär an der Ecke Unter den Linden/Wilhelmstraße zeigen dagegen eine eher behäbig erscheinende „neue Prächtigkeit“, mit der sich der „Bund“ an der alten Prachtstraße präsentiert.

Und auch der Pariser Platz (Nr. 72), an dessen inzwischen erfolgter Wiederbebauung sich während der 1990er Jahre im Besonderen der gleichermaßen unproduktive wie überflüssige Streit um eine „Berliner Architektur“ zuspitzte, ist ohne Frage wieder zum würdigen Entrée des Zentrums geworden, zum „Empfangssalon der Stadt“. Die ihn rahmenden Gebäude reichen in ihrem Gestaltungsspektrum von der gemütspflegenden Folklorearchitektur des neuen Hotel Adlon (Nr. 78) über die von Josef Paul Kleihues entworfenen akademisch-strengen Häuser „Sommer“ und „Liebermann“ (Nr. 73) rechts und links des Brandenburger Tores (Nr. 71), in deren eigenständiger Haltung der Versuch unternommen ist, die Geschichte widerscheinen zu lassen, bis hin zu dem raffiniert inszenierten Gebäudekörper der DZ-Bank (Nr. 80) von Frank O. Gehry und die auf den palaisartigen Vorgängerbau subtil anspielende Französische Botschaft (Nr. 76) von Christian de Portzamparc. Den architektonischen Schlussstein des Platzes bildet schließlich der nach Plänen des kalifornischen Büros Moore, Ruble, Yudell 2007 fertiggestellte Bau der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika (Nr. 81).

Hatte sich die Stadt in den 10 Jahren seit der Wiedervereinigung bis zur Jahrtausendwende also an den prägenden Brennpunkten der Innenstadt in ihren baulich-physiognomischen Charakteristika restituiert, ohne dabei die Geschichte zu kopieren, blieb es dem folgenden Jahrzehnt des Aufbruchs in das 21. Jahrhundert vorbehalten mit vergleichbarer Intensität die Zentrumsgebiete an den noch übrig gebliebenen Fehlstellen baulich zu ergänzen bzw. im weiteren Stadtraum bis an die Peripherien zu vervollständigen und architektonisch aufzuwerten. Das geschah sowohl mit einigen für die ganze Stadt bedeutsamen Großprojekten als auch mit einer großen Anzahl unterschiedlichster Einzelbauvorhaben, die vor allem auf den jeweiligen städtebaulichen Kontext abzustellen suchten.

So stellte der Bau des als Kreuzungsbahnhof konzipierten Hauptbahnhofes (Nr. 268) nördlich des zentralen Spreebogens in Tiergarten das in jüngster Vergangenheit wichtigste Infrastrukturprojekt dar, welches für Berlin als nationaler wie internationaler Fernverkehrsknoten eine neue Dimension eröffnete. Seit seiner Indienstnahme im Jahre 2006 entwickelt sich in seinem Umfeld ein gleichermaßen völlig neues Stadtquartier, dessen erste Bausteine, wie der erst kürzlich erbaute Total-Turm (Nr. 269), bereits zu betrachten sind. Zwei Jahre zuvor konnte mit der grundlegenden Sanierung, dem Um- und Ausbau sowie der aufwendigen Überdachung des in Charlottenburg befindlichen alten Olympiastadions (Nr. 360) von 1936 bereits ein anderes Großprojekt fertiggestellt werden, das vor allem im Hinblick auf den kritischen Umgang mit einem politisch hochsensiblen Denkmalbestand überzeugen konnte. Sowohl der Bahnhofsbau als auch die umfassende Erweiterung des Olympiastadions erfolgten nach Plänen des Architekturbüros von Gerkan/Marg.
In Friedrichshain entstand bis 2008 im Kontext des langfristig angelegten städtebaulichen Projektes „Mediaspree“, das sich auf die baulich-räumliche Neuordnung der Spreeuferbereiche zwischen Jannowitzbrücke und Oberbaumbrücke konzentriert, in unmittelbarer Zuordnung zur legendären EastSide-Gallery die sogenannte O2-World, ein multifunktionaler Veranstaltungsort mit einem Fassungsvermögen von mehr als 17.000 Zuschauern. Die von amerikanischen Investoren errichtete Großhalle bildet dabei den Mittelpunkt eines auch hier im Entstehen begriffenen Stadtquartiers mit Bürogebäuden, Entertainment-Einrichtungen und Wohnbereichen, welches räumlich das Gebiet um den Ostbahnhof mit dem „gewachsenen Kiez“ an der Warschauer Straße vermitteln wird.
Im Reigen der Großprojekte gilt es schließlich die auf 20 Jahre angelegte grundlegende, umfassende wie sorgfältige Instandsetzung, Sanierung und Modernisierung der Bauten der Museumsinsel (Nr. 27) in Berlin-Mitte hervorzuheben. Seit den 1990er Jahren sind hier mit einem Milliardenaufwand auf der Grundlage eines Masterplans die Alte Nationalgalerie (Nr. 30), das Bode-Museum (Nr. 31) sowie das Neue Museum (Nr. 29) wiederhergestellt worden und haben dabei in differenzierter Weise die hohen denkmalpflegerischen Ansprüche eines Weltkulturerbes zu erfüllen vermocht. Allein die komplexe Wiederherrichtung des Pergamon-Museums (Nr. 32) steht noch aus und wird die Herausforderung der nächsten Jahre sein. Gleichsam die architektonische Vollendung dieses herausragenden Museums-Ensembles bildet jedoch das im Bau befindliche zentrale Eingangsgebäude, die James-Simon-Galerie (Nr. 33), welches nach Plänen David Chipperfields realisiert wird, der zuvor in kongenialer Weise das Neue Museum baulich restituierte sowie für die Museumsinsel den erwähnten Masterplan entwickelt hat. Eine Kostprobe seiner einfühlsamen und stets auf den „Genius loci“ bezogenen Architektur kann bereits der Baustelle des Eingangsgebäudes gegenüber betrachtet werden, wo er zwischen 2005 und 2007 die Ecke Kupfergraben/Hinter dem Gießhaus mit einem Galeriehaus (Nr. 35) überbaute. Es steht in seiner zeitlos-reduktiven Gestaltung in räumlicher Korrespondenz zu dem von I. M. Pei fünf Jahre zuvor geschaffenen geradezu emblematischen Erweiterungsbau des Deutschen Historischen Museums (DHM) (Nr. 36).

Simulation der Museumsinsel nach dem Masterplan von David Chipperfield, 2009

Die unmittelbar am Bahnviadukt nach Plänen von Max Dudler erbaute Jacob-und Wilhelm-Grimm-Bibliothek, (Nr. 56) mit ihrem beeindruckenden terrassierten Lesesaal, die den gesamten Bücherbestand der benachbarten Humboldt-Universität (Nr. 46) in sich birgt, komplettiert schließlich die in den letzten Jahren entstandenen Kulturbauten in diesem der Museumsinsel benachbarten zentralen Stadtquartier.
Der entscheidende städtebauliche Eingriff wird jedoch das dem Lustgarten mit dem Alten Museum von Karl Friedrich Schinkel gegenüberliegende Humboldt-Forum (Nr. 25) darstellen. Es wird in Kubatur und äußerer Gestaltung dem einstmals an dieser Stelle befindlichen Baukörper des Stadtschlosses wiederherstellen und der Mitte Berlins damit seine architektonisch-räumliche Orientierung zurückgeben, die sie durch Kriegszerstörungen und leichtfertigen Abriss so jäh einbüßte. Als größtes Kulturprojekt der Bundesrepublik Deutschland genießt es höchste Priorität. Es soll neben den wissenschaftlichen Sammlungen der Humboldt-Universität, einer Abteilung der Berliner Stadtbibliothek sowie einem zentralen Veranstaltungsbereich für offizielle Festakte und Kulturereignisse im Besonderen die herausragenden Sammlungen der außereuropäischen Kunst aufnehmen, die bis dato von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in den Museumsbauten im entlegenen Berlin-Dahlem untergebracht sind. Damit erfährt die universelle Sammlungsausrichtung der Museumsinsel in der Mitte Berlins in geradezu idealer Weise ihre inhaltliche Ergänzung. Die Grundsteinlegung des nach Plänen von Franco Stella zu errichtenden Humboldt-Forums ist dabei für Juni 2013 vorgesehen, die Bauzeit mit ca. fünf Jahren veranschlagt.
Neben den hier beispielhaft herausgestellten Großbauvorhaben gilt es noch auf einige im letzten Jahrzehnt realisierte Projekte zu verweisen, die wegen ihrer architektonischen Eigenart gleichermaßen Aufmerksamkeit verdienen. Auf das revitalisierte Zentrum bezogen sind hierbei im Besonderen das Townhouse-Quartier auf dem Friedrichswerder (Nr. 95), welches in seiner vielgesichtigen Gestaltung wie eine kleine Bauausstellung wirkt, sowie die großstädtisch dichte Überbauung einer ehemaligen Parkplatzfläche südöstlich des Bahnhofes Hackescher Markt (Nr. 154) hervorzuheben. Im Bereich der nach Jahren der Vernachlässigung wieder entdeckten West-City um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche (Nr. 304) müssen das signifikante Hotel Concorde (Nr. 311) von Jan Kleihues und der gerade fertiggestellte Hochhauskomplex des Waldorf-Astoria Hotels (Nr. 305) von Christoph Mäckler benannt werden. Letztlich erweist sich der in die strukturalistische Gebäudefigur des Friedrich-Meinecke-Instituts der Freien Universität Berlin integrierte Bau der Philologischen Bibliothek (Nr. 882) von Norman Foster als eine Pretiose architektonischer Raumschöpfung, die es Wert erscheint, sie an der städtischen Peripherie zu besuchen und sorgfältig in Augenschein zu nehmen.
So offenbart sich für den Flaneur wie für den flüchtigen Besucher in den Kontinuitäten und Brüchen, in den Vielschichtigkeiten und Ungleichzeitigkeiten der Architektur sowie Stadtstruktur und -gestalt die wechselvolle Geschichte und Gegenwart einer faszinierenden Stadt, die sich von Neuem auf den Weg gemacht hat, auf der Basis seiner Geschichte Zukunft zu entwickeln. Trotz der Kriegszerstörungen und der partiell gleichermaßen verheerenden Deformationen des doppelgesichtigen „Wiederaufbaus“ manifestieren unzählige Beispiele in ihrem wiederentstandenen Stadtgefüge dabei ihre hohe Baukultur und ungebrochene Innovationsfähigkeit, auch wenn es das große Ziel, die konkrete Utopie der Stadt noch zu definieren gilt!